

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Er erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 2. April 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 39.

Hic Rhodus, hic salta!

In verschiedenen Blättern der sozialdemokratischen Partei wird nach Abschluß meiner Artikelserie über „Gewerkschaftliche Neutralität“ in neuer Form die Frage aufgerollt, was man in der Sozialdemokratie unter gewerkschaftlicher Neutralität versteht. Ich halte es für wichtig genug, diese Stimmen hier wiederzugeben, weil die betreffenden Organe namens der sozialdemokratischen Partei und der gesamten Arbeiterbewegung sprechen. Nun weiß man wenigstens, daß jedes s.-d. Blatt gleichzeitig „die Partei“ ist. In durchaus sachlicher Weise rollt die gedachte Streitfrage die „Sächsische Arbeiterzeitung“ wie folgt auf:

Der Buchdruckerverband vor einer wichtigen Entscheidung!

Die Artikelserie Rezhäuser's im „Korrespondent“ über die „Neutralität“ ist mit dem 21. Artikel beendet. Er sagt in diesem letzten Artikel klipp und klar:

Der Buchdruckerverband könne sich unter keinen Umständen auf den Boden der auf dem Internationalen Arbeiterkongress angenommenen Resolution stellen. Er werde nie den „Korrespondent“ im Sinne dieser Resolution redigieren.

Vor kurzem hat bekanntlich in Dresden eine Buchdrucker-Versammlung eine vom Genossen Kämmerer eingebrachte Resolution angenommen, in der der Verbandstag erucht wird, dieser Resolution auch im Buchdrucker-Korrespondenten Geltung zu verschaffen. Es muß auch darauf verwiesen werden, daß der Buchdruckerverband auf dem Stuttgarter Kongress durch drei Delegierte, darunter der Vorsitzende des Verbandes, Döblin, vertreten war. Sie haben ja wohl ebenfalls für diese Resolution gestimmt. Diese Resolution, die von dem österreichischen Gewerkschaftsführer Beer im Einverständnis mit dem Vorsitzenden der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, Legien, eingebracht wurde, sagt u. a.:

Der Kongress erklärt, es müsse die Arbeiterschaft dazu gelangen, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften hergestellt und dauernd unterhalten werden.

Partei und Gewerkschaften haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen. Sie haben sich gemeinsam zu verständigen, wenn über die Zweckmäßigkeit der anzuwendenden Methode Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Die Gewerkschaften werden ihre Pflicht im Emanzipationskampfe der Arbeiter nur dann zu erfüllen vermögen, wenn sie sich in ihren Aktionen vom sozialistischen Geiste leiten lassen.

Der Kongress richtet an alle Gewerkschaften der durch die Konferenz in Brüssel 1899 aufgestellten und durch den Pariser Kongress von 1900 genehmigten Bestimmung entsprechend die Einladung, sich auf den internationalen Kongressen vertreten zu lassen und mit dem Internationalen sozialistischen Bureau enge Verbindung zu halten.

Im Sinne dieser Resolution kann jede Gewerkschaft wirken, ohne auch nur im allgeringsten ihre gewerkschaftlichen Interessen zurückstellen zu müssen. Die Entscheidung auf der Generalversammlung des Buchdruckerverbandes in Köln wird also nunmehr dahin lauten müssen:

„Will der Buchdruckerverband in Zukunft im Sinne dieser Resolution arbeiten oder nicht?“

Eine sehr einfache und klare Formulierung des ganzen Streites jedenfalls! Und wir hoffen, die Buchdrucker werden in ihrer erdrückenden Mehrheit sich auf den Boden der Resolution und damit auf den Boden der Solidarität der gesamten Arbeiterbewegung stellen, die höher steht als einzelne etwa in Frage kommende speziellen Berufsinteressen.

Die Stellungnahme der Kölner Generalversammlung wird von weittragender Bedeutung für die Stellung der Buchdrucker in der gesamten Arbeiterbewegung sein. Die Klarstellung kann nunmehr erfolgen, ohne in die Debatten darüber irgend welche persönliche Mo-

mente hineinzutragen. Hier handelt es sich in der Tat um keine Personenfrage mehr, sondern um ein Prinzip.

Auf den gleichen Standpunkt stellen sich auch die „Chemnitzer Volksstimme“, die „Rheinische Zeitung“ und die „Leipziger Volkszeitung“. Die erstere bemerkt außerdem dazu einleitend: „Der Buchdruckerverband und Rezhäuser vor einer wichtigen Entscheidung“, um zum Schlusse zu sagen:

Damit ist die Frage sachlich gestellt und kann sachlich beantwortet werden. Aber von der Person Rezhäuser ist die Beantwortung der Frage nun einmal nicht mehr zu lösen. Rezhäuser bedeutet, die Frage gestellt, in welcher Richtung der Buchdruckerverband arbeiten will, ein Prinzip. Entschieden der Buchdruckerverband für Rezhäuser, der erklärt hat, er werde nie den „Korr.“ im Sinne der Stuttgarter Resolution redigieren, dann würde er sich offen prinzipiell loslösen von dem Gros der klassenbewußten Arbeiterbewegung Deutschlands.

Die „Rheinische Zeitung“ bemerkt u. a., daß in meinem letzten Artikel mich die „Kollegen“-haut gekratzt habe „und der Gewerkschaftsredakteur zum Vorscheine gekommen“ sei. Wer sollte denn sonst zum Vorscheine kommen? Und das entdeckt die „Rh. Ztg.“ erst beim 21. Artikel! Weiter sagt sie, zu meiner Stellungnahme gegenüber der Stuttgarter Resolution:

Das heißt klipp und klar, daß nach der Meinung Rezhäuser's für den Buchdruckerverband das Solidaritätsgefühl, das demokratische Prinzip, mit einem Worte die Vorbedingung für die moderne Arbeiterorganisation nicht existieren solle. Auf der diesjährigen Generalversammlung des Verbandes in Köln wird es sich zeigen, ob dessen Redakteur mit dieser Meinung allein bleibt, oder ob er die Mehrheit der Delegierten hinter sich hat. Ist das der Fall, so interessiert diese Frage nicht mehr allein den Buchdruckerverband, sondern die gesamte Gewerkschaftsbewegung. Sie ist dann keine Äußerung eines einzelnen „Kollegen“ mehr, sondern der Wille einer Organisation, eines Teiles der Arbeiterbewegung.

Es ist aber zu hoffen, daß der Mehrheit der deutschen Buchdrucker die Solidarität mit der übrigen Arbeiterschaft höher steht als reine Kirchturnspolitik der eignen Organisation. Drei Vertreter der Buchdrucker, darunter der Vorsitzende Döblin, waren auf dem internationalen Kongress in Stuttgart zugegen, als folgender Beschluß gefaßt wurde (folgt die bekannte Resolution).

Die Delegierten des Verbandes haben sich mit dieser Resolution einverstanden erklärt, hoffentlich stimmt ihr auch die Generalversammlung zu und folgt nicht dem Räte Rezhäuser's, sich außerhalb der modernen Arbeiterbewegung zu stellen.

Es ist geradezu kindisch, mir zu unterstehen, ich wolle in unsrer Organisation kein Solidaritätsgefühl mit der übrigen Arbeiterschaft. Das Gegenteil ist wahr. Aus meiner Artikelserie muß jeder herauslesen, daß ich bemüht war, Mittel und Wege zu finden, wie eine größere Geschlossenheit und Einseitigkeit in der gesamten Arbeiterbewegung herbeigeführt werden kann. Niemals handelt und kann es sich bei meiner Stellungnahme zur Stuttgarter Resolution darum handeln, die Buchdrucker außerhalb der allgemeinen Arbeitersolidarität zu stellen. Ein solches Unterfangen wäre ebenso lächerlich wie blöd. Aber mit jener Resolution läßt sich im Buchdruckerverbande nicht arbeiten. Bleibt sie auf dem Papiere stehen, ist sie überflüssig, versucht man sie in die Praxis zu übertragen, wirkt sie für die Gewerkschaften und insonderheit für unsern Verband schädlich. Die Generalversammlung unsers Verbandes wird in keinem Falle den Verband auf

diese Resolution verpflichten können, oder wir hätten einen gewaltigen Riß, einen Zwiespalt in unsern eignen Reihen. Dafür kann ich als Redakteur die Verantwortung nicht übernehmen, das bedeutet aber doch keine feindselige Absicht, sondern eine durchaus sachliche, objektive und prinzipielle Stellungnahme. Der eine Vorwurf, den man mir machen könnte, besteht darin, eine verworrene Situation möglichst klären zu wollen.

Die Stuttgarter Resolution ist aber nach meiner Meinung nicht der Weg dazu, weil sie in unmöglicher Weise Entwicklungsstadien überspringt, weil sie den Trägern der Arbeiterbewegung, den Gewerkschaften, nimmt statt gibt, weil sie die Gewerkschaften verpflichtet, ihre aus der Praxis gewonnene Taktik zugunsten parteipolitischer Theorien zu opfern, weil sie auf den Weg zu Partei-gewerkschaften führt, diesem Unglücksding, an dem seit mehr als 40 Jahren die deutsche Gewerkschaftsbewegung krankt. Die Stuttgarter Resolution war ein kluger Schachzug der Parteitheoretiker, den verlorenen Einfluß der Sozialdemokratie auf die Gewerkschaften wiederherzustellen, und zwar in um so gefährlicherer Gestalt, weil nach dem Wortlaute jener Resolution jede Gewerkschaft entweder zum bedingungslosen Gehorsam gegenüber „der Partei“ verpflichtet oder der innern Forderung preisgegeben ist, wenn es in der Sozialdemokratie organisierten Gewerkschaftlern einfällt, in ihren Organisationen dafür zu „wirken“, daß diese mit sozialdemokratischem Geiste erfüllt sind. Derjenige Gewerkschaftsführer aber, der sich solchem Beginnen widersetzen wollte, na, der „muß die Konsequenzen ziehen“; ginge er aber nicht freiwillig, so müßte er von seinem Posten entfernt werden. Und wie steht es mit der gewerkschaftlichen Neutralität in dem Statute z. B. des Buchdruckerverbandes? Nun, das ist „reine Kirchturnspolitik der eignen Organisation“! Da heißt es allerdings: Hic Rhodus, hic salta!

Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt zu ihrem Abdruck der Stuttgarter Resolution neben dem üblichen blöden Gequassel über meine Person u. a.:

Der Hauptzweck der Rezhäuser'schen Stillübung war aber, gegen die auf dem Stuttgarter Internationalen Kongresse gefaßte Resolution Sturm zu laufen. . . .

In seinem letzten Artikel sagt nun Rezhäuser, der Buchdruckerverband könne sich unter keinen Umständen auf den Boden dieser Resolution stellen. Er werde sich nie dazu hergeben, den „Korr.“ im Sinne dieser Resolution zu redigieren. Wenn nun aber, wie wir hoffen, die Buchdrucker auf ihrer Generalversammlung in Köln sich der Stuttgarter Resolution anschließen und damit dokumentieren, daß sie mit der Gesamtarbeiterschaft marschieren wollen, dann muß Rezhäuser die Konsequenzen ziehen; ginge er aber nicht freiwillig, so müßten die Buchdrucker ihn von seinem Amt entfernen. Und dieser bittere Kelch scheint ihnen nicht erspart werden zu sollen, wenn sie bei der Wahl zwischen der Arbeiterschaft und Rezhäuser sich gegen letzteren entscheiden. Denn Rezhäuser dantiert schon jetzt mit allerhand demagogischen Kniffen und Wiffen gegen seine Absetzung. . . . Jedenfalls ist es sehr interessant, die Entwicklung im Buchdruckerverband aufmerksam zu verfolgen und vor allem zu beobachten, ob der Buchdruckerverband auf den Rezhäuser'schen Weim kriechen oder ob er vor aller Welt dokumentieren wird: „Wir wollen mit der Gesamtarbeiterschaft eins sein. Die Generalversammlung stellt vor einer folgenschweren Entscheidung: Hic Rhodus, hic salta!“

In einer neuern Nummer sagt die „L. W.“ in bezug auf die zu unsrer Generalversammlung gestellten Anträge:

Endlich wären noch zu erwähnen die Anträge, die sich auf die Redaktion des Verbandsorgans beziehen. Besonders bemerkenswert ist der Antrag Dresden, der fordert, daß der „Korrespondent“ in Zukunft im Sinne der auf den deutschen Gewerkschaftskongressen und dem Internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart über das Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Partei angenommenen Resolution redigiert wird. Da Redakteur Rezhäuser erklärt hat, daß er sich dazu nicht verstehen werde, so ist der Verband vor eine wichtige Entscheidung gestellt. Von Interesse ist auch die Tatsache, daß im „Korr.“ jetzt Stimmen laut werden, die Herrn Rezhäuser die Qualifikation zur Führung der Redaktionsgeschäfte absprechen.

Was nun das letztere betrifft, so ist den betreffenden Kollegen, die mir im „Korr.“ die „Qualifikation zur Führung der Redaktionsgeschäfte“ absprechen, nach Köln reichlich Gelegenheit geboten, den Befähigungsnachweis zu erbringen, daß sie es verstehen. Von diesen Vorwürfen und Anklagen fühle ich mich aber derart „niedergeritten“, daß ich alle diese Kritiken ohne ein Wort der Erwiderung aufnahm. Jedenfalls ein Beweis der „Schwäche“ meiner Position! Freilich, so „stark“ fühle ich mich nicht, wie die Redaktion der „L. W.“, die ihr unbequeme und noch dazu sachliche Erwiderungen — siehe den Fall des Kollegen Purtschwig! — einfach in den Papierkorb wandern läßt und niemals eine Kritik an ihrer Redaktionsführung zuläßt.

Was nun die Erklärungen der angeführten sozialdemokratischen Organe zur Sache selbst betrifft, so ist zu dieser klaren und präzise formulierten Stellungnahme der genannten s.-d. Blätter — ob noch andre s.-d. Organe sich dazu geäußert, weiß ich nicht — nicht viel zu sagen. Ich bleibe auf meinem Standpunkte stehen, selbst auf die Gefahr hin, nicht wieder gewählt zu werden. Von einer Amtsentsetzung, wie die in Buchdruckerangelegenheiten stets schlecht informierte „L. W.“ faßelt, kann keine Rede sein, denn meine Amtszeit ist mit der Generalversammlung des Verbandes abgelaufen. Die Art und Weise, mit der die gedachten Organe die Stuttgarter Resolution kritisieren, beweist aber, was man mit jener Resolution erreichen will, nämlich die Notmäßigkeit der Gewerkschaften, ihre Vasallenstellung gegenüber der Sozialdemokratie. Man bestätigt mir, allerdings unbewußt, daß es notwendig war, auf die Stuttgarter Resolution prinzipiell eingegangen, und bevor in s.-d. Kreisen die prinzipielle Bedeutung jener Resolution offen verkündet wurde, habe ich darauf hingewiesen, welche Lage sich für die Gewerkschaften aus jener Resolution ergeben muß. Zudem wahrheitswidrig die „L. W.“ als den „Hauptvech“ meiner Artikelserie bezeichnet, „gegen die auf dem Stuttgarter Internationalen Kongresse gefaßte Resolution Sturm zu laufen“, gesteht sie im Kerne der Sache zu, daß man es infolge einer klugen Taktik der s.-d. Partei verstanden hat, in Stuttgart die Gewerkschaften an die Kette zu legen, zwar an eine recht lange Kette, aber doch an eine solche, welche nur in begrenztem Raume eine Bewegungsfreiheit gestattet und die Neutralität der Gewerkschaften zu einer Farce macht.

In Erkennung der ganzen Sachlage und ihrer im gegebenen Fall unheilvollen Wirkungen, wie solche durch die genannte Resolution heraufbeschwoeren werden können, war es an der Zeit, einmal die ganze Entwicklung der Dinge aufzuzwollen, einmal zu sagen, was ist. Und nun muß für die s.-d. Partei die Stuttgarter Resolution den Vorwand abgeben, zu dem längst erstrebten Ziele kommen zu können. Geradezu lächerlich nimmt sich der Appell der „L. W.“ an die Buchdrucker aus, nicht „auf den Rezhäuserischen Wein zu kriechen“, sondern vor aller Welt zu dokumentieren: „Wir wollen mit der Gesamtarbeiterschaft eins sein!“ Das sind die Buchdrucker allerdings immer gewesen, soweit nicht, wie im Lager der „L. W.“, andauernd versucht wurde, die Gesamtarbeiterschaft gegen die Buchdrucker zu heizen und eine daraus resultierende Situation die Buchdrucker in den Augen der andern Arbeiter als Harmoniebusler, Unter-

nehmerrechte, Verräter an der Arbeiterschaft usw. erscheinen ließ. Die Einigkeit mit der übrigen Arbeiterschaft ist also, soweit die Buchdrucker in Frage kommen, immer nur von jenen Leuten gestört worden, die heute sich anmaßen, gegen mich meine Kollegen und unsre Generalversammlung mobilisieren zu wollen. Gewiß steht unsre Generalversammlung vor einer folgenschweren Entscheidung und in dieser schicksalsschweren Stunde wird jeder Delegierte auch ohne die Autorität der s.-d. Presse wissen, daß es für den Verband in Köln heißt: Hic Rhodus, hic salta! L. Rezhäuser.

Mehr Agitation!

Hat ein Großstadtkollege einmal das Unglück, in der Provinz Kondition zu suchen und er findet sie, so fällt es ihm unwillkürlich auf, wie einem großen Teile der Provinzkollegen der Begriff „Gewerkschaft“ ein unbegreifliches Etwas ist. Und es ist auch kein Wunder. Jahr aus, Jahr ein hört er keinen gewerkschaftlichen Vortrag, hat keine Gelegenheit, sich in seinem Fache fortzubilden usw. Kurzum, er ist auf die Letztseite seines Fachblattes angewiesen und dieses wird oft ungenutzt beiseite gelegt, so daß er auch in dieser Beziehung nie auf dem laufenden sich befinden kann. (Das ist aber doch seine eigne Schuld, denn einen Vorleser kann der Verband doch nicht auch noch stellen. Red.) Es gibt Ortsvereine, in welchen alle Vierteljahre einmal eine Quartalsversammlung abgehalten wird, in welcher der Quartals-, Kassen- und sonstige eingelaufene Berichte bekannt gegeben werden. Vorträge sind unbekannt, Tarif wird besagelt, und hat man deshalb keine Veranstaltung, in der Versammlung tarifliche Sachen zu erledigen, zu besprechen und zu beraten, denn dazu sind ja die großen Mitgliedschaften vorhanden. Nur so ist es möglich, daß man ganz allmählich immer mehr verpumpt, und man fühlt sich hier in der Provinz meistens nicht mehr als Kollege, sondern als ein „Arbeiter in gehobener Lebenslage“! Woher kommt aber dieses Dajntauneln in unsrer mit wirtschaftlichen Kämpfen so überaus reichen Zeit? Woher kommt diese Inferiorität? Der Grund ist leicht zu erraten. Es fehlt an der Agitation. In unsrer kapitalistischen Zeit, in welcher die Klassenengänge zwischen Kapital und Arbeiter immer schärfer Formen annehmen, ist es eine naturgemäße Folge, daß unsre Gewerkschaften es sich mit zur Hauptaufgabe machen, ihre Mitglieder in allen sozialen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Fragen zu unterrichten. Das ist aber nur möglich durch eine lange, intensive Agitation. Manche Ortsvereine kündigen wie oben schon kurz erwähnt in dieser Hinsicht sehr viel, und wenn es dann einmal der Fall ist, daß tarifliche Angelegenheiten in der Versammlung besprochen werden sollen, so scheitern diese meist an der Unkenntnis der Kollegen. Und so darf es nicht wundernehmen, wenn im „Korr.“ über schlechten Besuch geklagt wird, denn diejenigen Kollegen, welche aufklärend wirken wollen, werden durch ein derartiges Verhalten der Kollegen von den Versammlungen abgestoßen und meiden dieselben so viel und so oft, als es nur möglich ist.

Es wurden nun von verschiedenen Einsendern der Agitation das Wort geredet und wurden auch Vorschläge der verschiedensten Art gemacht, aber immer nur in kleinem Maßstabe und von kleinern Gesichtspunkten aus. Wird Agitation getrieben, so sollte man gleich gründlich ans Werk gehen, denn so wenig die Uniform den Soldaten ausmacht, so wenig wird aus einer Versammlung, welche vielleicht im Laufe des Jahres abgehalten wird, ein Kollege ein Gewerkschaftler. Ein fester Tropfen höhlt doch einmal den Stein und gerade in Bayern ist, was Agitation betrifft, dieselbe auf ein totes Geis geraten. Schreiber dieser Zeilen bedauert, daß seinerzeit von der Gauerversammlung die ins Leben gerufenen Agitationsbezirke wieder aufgehoben und es dem jeweiligen Geworsten überlassen wurde, was er in dieser Sache zu unternehmen gedenkt, statt daß dieselben weiter ausgebaut und ausgedehnt worden wären. Wir haben ja Gott sei Dank genügend Kollegen unter uns, welche ihr rednerisches Talent gewiß gern der so schönen und hehren Aufgabe zur Verfügung gestellt hätten. Die größeren Mitgliedschaften schließen sich von der Provinz förmlich durch eine chinesische Mauer ab.

Nun denke ich mir eine intensivere Agitation ungefähr so und glaube, daß dies gerade für den Gau Bayern realisierbar wäre: Eine größere Mitgliedschaft vereinigt sich mit den nächsten kleinern Mitgliedschaften oder Druckorten, in denen Verbandsmitglieder stehen. Es können hierbei stets ungefähr 5, 6, 7 Orte zusammengekommen werden. Die große Mitgliedschaft führt den Vorzug und stellt somit auch den Vorort. Der Vorort beruft jährlich drei Versammlungen ein, außerdem kann ein gemeinsames Johannisfest abgehalten werden. Zur Bekreitung der Auslagen usw. kann von jedem Mitgliede vielleicht ein Beitrag von 5 Pf. erhoben werden, welche von den betreffenden Ortskassierern wöchentlich einfließen und halbjährlich an den Vorstand bzw. Kassierer der Vorortsmitgliedschaft abgeliefert werden.

In Bezirken, in welchen nach diesem Modus agitiert wurde, sind schon ganz schöne Erfolge auf gewerkschaftlichem sowohl wie auf kollegialem Gebiet erzielt worden, und ich glaube, daß dies bei einigermaßen gutem Willen, Opferfreudigkeit und Selbstlosigkeit ganz gut in die Wege zu leiten wäre. Es ist und muß nun Aufgabe

der Provinzkollegen sein, sich aus dem starren Zustande zu erheben und dahin zu trachten, daß auch sie auf ein höheres geistiges Niveau gelangen, denn der bisherige Zustand ist zu einem unhaltbaren geworden.

Die oben genannten freiwilligen Bezirksvereine haben und erfüllen auch den Zweck der Verständigung zwischen den größeren und den kleinern Mitgliedschaften. Die kleinen und kleinsten Mitgliedschaften sind nicht in der Lage, Anträge zur Generalversammlung zu stellen, das muß von den größeren geschehen. Die Großstadtkollegen fassen auch ihre Beschlüsse zu derselben, aber die Provinzler dräusen auf dem „Abende“ erfahren von all dem nichts; höchstens gelegentlich einmal im „Korr.“, daß über diese oder jene Punkte beraten wurde. Schreiber dieses ist der Meinung, daß nunmehr die Zeiten vorbei sind, wo noch die „Provinzler“ mit „genagelten Stiefeln“ in die Stadt kamen. Wie ist es aber nun z. B. im Gau Württemberg? Hier kann jede Ortsversammlung, jede kleine Mitgliedschaft (siehe Schwemningen und Spaichingen) zu den von der Mitgliedschaft Stuttgart beschlossenen Anträgen Stellung nehmen und mitraten, und jeder Kollege ist stolz darauf, daß er auch seine „freie“ Meinung äußern kann, und daß auch er als vollwertiges Mitglied in unsrer Buchdruckerfamilie betrachtet wird. Bei uns jedoch in Bayern (ja, kann man denn da nicht auch die Anträge der Mitgliedschaft München besprechen? Red.), da rührt sich nichts, alles ist in tiefster Schweigen gehüllt, ein Zustand, der auf die Dauer unhaltbar sein muß.

Und darum, ihr Kollegen der Provinz, erhebt euch aus euerem langjährigen Winterschlaf; schart euch zusammen in kleinen Bezirks- bzw. Agitationsvereinen und agitiert, und wir werden gar bald die Früchte hiervon sehen in Gestalt von festen und idealen Verbandsmitgliedern. Durch Nacht zum Licht empor. †††

Das vollständige Korrespondent-obligatorium.

Mit großer Überlieferung versucht man in Nr. 35 des „Korr.“ meine Ausführungen in Grund und Boden zu verdammen, wofür doch nur deshalb, weil ich nicht mit dem Antrage Hannover sympathisiere und mich als „Retter der „Korr.“-Redaktion“ aufspielte haben soll. Sehr gut. Es sei mir daher gestattet, nochmals meinen Standpunkt in der Angelegenheit klarzulegen und die mir unterstellten Unrichtigkeiten richtig zu stellen.

Der Kollege Schuß (Saarlouis) schließt vollständig daneben, wenn er glaubt, ich erblicke in dem „Korr.“-Obligatorium das alleinige Mittel zur Aufklärung hauptsächlich der jüngeren Kollegenschaft. Ich habe ausdrücklich betont, daß viel mehr geschehen muß, und daß es sich nicht um die Aufklärung der Kollegen, sondern um die Aufklärung der Mitglieder zu handeln Gewerkschaftler erzeugen werden soll. Der „Korr.“, wenn er obligatorisch eingeführt wird, kann und wird zweifellos ein gutes Teil Aufklärungsarbeit verrichten, dessen bin ich gewiß. Was nützen uns die vielen Mitglieder, wenn sie nur Kassenmitglieder und keine Gewerkschaftler sind. Wer weiß, was über Nacht kommen kann, und welche dann, wenn wir nicht gerüstet sind. Schon mancher, der sich siegesbewußt fühlte, ist niedergeworfen worden, und so kann es uns Buchdruckern auch gehen. Darum muß mehr Aufklärungsarbeit verrichtet werden. Wie dies zu geschehen hat, wird die Generalversammlung festlegen. Ich für meine Person halte den „Korr.“ dazu in erster Linie für berufen. Gewiß sehe auch ich ein, daß ein gesprocheneres Wort eher fruchtbarer Boden findet als ein geschriebenes. Aber ist es denn immer möglich, trotz der vom Kollegen Schuß so gepriesenen Agitationskommision, an jedem Orte, wo nur wenige Mitglieder vorhanden sind, Vorträge halten zu lassen, und werden die Versammlungen denn auch immer vollständig besucht? Ich glaube nicht. Viel notwendiger ist es deshalb, wenn der „Korr.“ in den entlegenen Orten verbreitet wird, da, wo es fast ausgeschlossen ist infolge der paar Mitglieder, daß dieselben von Rednern jemals besucht werden, weil es sich nicht lohnen würde. Der „Korr.“ würde aber gerade in diesen Orten, weil der Lesestoff daselbst sowieso nur ein sehr begrenzter ist, jedenfalls gelesen werden, und die Mitglieder würden so in gewerkschaftlicher Beziehung auf dem laufenden gehalten. Das Geld ist damit keinesfalls zum Fenster hinausgeworfen, sonst wäre es ja bei allen andern Gewerkschaften auch der Fall. Zum Schluß führt Kollege Schuß an, daß es ihm schon deshalb bedenklich ist, den „Korr.“ obligatorisch einzuführen, weil er nicht weiß, wie derselbe verbreitet wird resp. wie jedes Mitglied denselben erhält. Diese Frage ist mir denn doch ein wenig zu kleinlich, als daß es notwendig wäre, darauf näher einzugehen. Ich will sie aber trotzdem beantworten, um nicht den Vorwurf einzuflecken zu müssen, ich hätte mich darum herumgedrückt. Ich verweise zunächst den Kollegen darauf, daß wir doch ein ausgeglichenes Vertrauensmännersystem haben, wie es wohl so leicht keine andre Gewerkschaft aufzuweisen hat, und Tatsache ist, daß schon sehr viele Bezirke und größere Ortsvereine den „Korr.“ obligatorisch (wenn nicht für jedes Mitglied einen, so doch für je zwei Mitglieder einen „Korr.“) eingeführt haben und diese auch exakt verbreitet werden. Der Vertrauensmann oder das einzelstehende Mitglied bestellt eben die erforderliche Anzahl „Korr.“ bei der Post und zieht den Betrag von den Beiträgen wieder ab. Sind Sie mit der Beantwortung der Frage zufrieden, Kollege Schuß? Sie war wirklich nicht schwer.

Und nun zu dem Kollegen H. R. (Hannover). Dieser Kollege scheint vom Kollegen Dreeses angestekt zu sein, denn er kennzeichnet sich schon selbst durch seinen letzten Satz: „Unser Beschluß ist schwer beleidigten, ehrlich denkenden Arbeiterhergen entsprungen, und wir werden nicht eher ruhen, bis diese Beleidigung Sühne gefunden hat.“ Also auf jeden Fall die Beleidigung der Redaktion. Kollege H. R., auch ich kann von mir behaupten, daß ich als Arbeiter denke und fühle und somit auch eine Arbeiterherge besitze. Diese ist aber nicht fortwährend mit Schmutz besorfen durch Kollegen Reghäuser. Solche wahrheitswidrige Behauptungen gehen denn doch zu weit. Wir wollen doch eingestehen, daß wir durch derartige phrasenhafte Redensarten wohl die Versammlungen bereichern können, aber uns doch nur lächerlich machen. Wir wollen uns doch nicht hinstellen, als wenn wir unsehbar wären. Ferner wir doch aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, da werden wir finden, daß es noch keinen gegeben hat, der es je dem recht gemacht hat, und dieses können weder Sie noch ich.

Ebenso stark wie Kollege H. R. bläst auch der Kollege Schrader (Hannover) ins Horn. Er wird mir aber schon das gute Recht, welches ich für mich als Verbandsmitglied in Anspruch genommen habe, zugehen lassen, gegen Anträge, die für mich unannehmbar sind, zu polemisieren. Ich habe dieses nicht getan aus Mut oder Vereingunnenheit, sondern aus Überzeugung, ohne meiner Arbeiterherge irgendwie Abbruch zu tun. Auch gehöre ich nicht zu den „alten, bewährten“ Kollegen, die man ansprechend nicht mehr für urteilsfähig hält, im Gegenteil rechne ich mich zu den jungen, heißspornigen. Ich gehöre aber auch nicht zu denen, welche sagen, der Moor hat seine Schuldigkeit getan, der Moor kann gehen. Ich erkenne an, daß gerade die alten Kollegen, die unsre festgesetzte Organisation auf den heutigen Stand gebracht, vollkommen ihre Schuldigkeit getan haben, an deren aufopfernder Tätigkeit wir uns ein Beispiel nehmen sollten. Wenn nun Kollege Schrader schreibt, daß von meinen Ausführungen — pardon: Geschreibsel — nicht ein Züpfelchen Wahres ist, so kann ich ihm nur antworten, daß ich bloß Vermutungen aufgestellt habe, daß ich ihm aber vollständig glaube, wenn er sagt, Kollege Dreeses habe gegen den betreffenden Antrag in der angenommenen Fassung gesprochen, doch wohl nur aus dem Grunde, weil ihm der Antrag noch nicht weit genug gegangen ist. Sie wollen mir doch wohl nicht damit beweisen, Kollege Schrader, daß Kollege Dreeses die Beileidigung der Redaktion nicht wünscht, oder doch? Ihre Begründung des Antrages kann man doch nur so verstehen, daß Sie sich als Parteimann (ich bin auch einer) „beleidigt“ gefühlt haben wollen durch die Schreibweise Reghäuser und deshalb die Beileidigung desselben verlangen. Ich war vor Jahren derselben Meinung, wenn ich auch nicht gleich die Beileidigung verlangte, so daß eine andre Schreibweise. Ich habe mich aber nach und nach belehren lassen, und durch fleißiges Lesen der Parteipresse und der Gewerkschaftsorgane bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß Kollege Reghäuser die permanenten Angriffe, welche sich hauptsächlich bei einer jährlichen Tarifbewegung in der Parteipresse zeigten, zurückweisen mußte, wollten wir nicht ein zweites 1896 erleben. Man reitet deshalb immer auf ihm herum, bedenkt aber nicht, daß es seine Pflicht war, daß er es machen mußte als der berufene Vertreter der Organisation. Ich habe schon das vorige Mal gesagt, daß auch ich nicht mit allem einverstanden bin, was Kollege Reghäuser schreibt, auch mit seiner letzten Artikelserie nicht, schon deshalb nicht, weil ich mir sage, daß die bürgerliche Presse nur zu gern das, was der Sozialdemokratie am Zeuge gefehlt wird, in entstellter Form ausbeutet, und daß dieses der Arbeiterherge nicht gut ist, wird selbst Kollege Reghäuser zugeben müssen. Es scheint auch mir, daß Kollege Reghäuser das Unrecht, welches ihm die Sozialdemokratie zugefügt, noch nicht verschmerzt hat und deshalb wohl mehr gegen die Sozialdemokratie schreibt, wie notwendig wäre. Es ist dies für mich aber immer noch kein Grund, derartig gegen ihn vorzugehen, wie es von einigen Orten geschieht. Logischerweise müßte man sich dann auch entschließen, wenn die Parteipresse gegen unsern Verband sich erhebt; da sagt man aber kein Wort, die darf sich das erlauben, nur nicht Reghäuser. Wir finden diese Angriffe seitens der Parteipresse gegen andre Gewerkschaftsorgane niemals, trotzdem einige von diesen teils derselben Grundgedanken hegen und geschrieben haben, wie Kollege Reghäuser jetzt geschilbert. Man soll dann aber nicht einseitig sein, sondern gegen beide vorgehen, weil eben beide gefündigt haben. Zurückweisen muß ich den Vorwurf, den mir Kollege Schrader macht, ich hätte mich als den „Retter der „Korr.“-Redaktion“ hingestellt. Ich habe lediglich dagegen protestiert, daß man nicht mit solchen verfeindlichen und ehrenkränkenden Auslegungen gegen die Redaktion aufwarten soll, aber man scheint es in Hannover nicht anders zu können. Gegen derartige schmutzige Angriffe wende ich mich auch heute noch, und hoffentlich weist auch die Generalversammlung dieses entschieden zurück. Man braucht keinen Schulmeister zu wollen, und dies hat mir vollständig fern gelegen, aber die freie Meinung läßt man sich nicht unterdrücken, weder von einem Dreeses, Schrader, noch sonst wem. Für mich ist die Sache abgetan. Hoffentlich geht aber mein Wunsch, daß der „Korr.“ obligatorisch eingeführt wird, in Erfüllung.

W in den.

Zur Spartenbewegung.

Es muß gesagt werden, was ist!
(Vorsänger in: „Gewerkschaftliche Monatsblätter“.)

Wenn zu dieser Sache vom Unterzeichneten die Spalten des „Korr.“ trotz der schon erschienenen verschiedenen Artikel in Anspruch genommen werden, so geschieht dies aus dreierlei Erwägungen heraus. Erstens, weil eine derartige Ungelegenheit von nicht genug Seiten aus beleuchtet werden kann. Zweitens erscheint es mir, als wenn die Zentralkommission der Maschinenmeister so ziemlich als der an allem schuldige Faktor dastehen soll, und drittens veranlaßt mich der Artikel des Kollegen M. Roth (Weimar), zu seinen Ausführungen Stellung zu nehmen.

Da mich im letzten Grunde der Artikel des Kollegen Roth zu meiner Einsendung veranlaßt hat, will ich versuchen, in meiner Ermiderung den einleitenden meines Artikels vprangefickten ersten beiden Punkten gerecht zu werden.

Angetan hat es mir die „logische Folgerung“ des genannten Kollegen. Weil das Gros der Weimarer Kollegen so kurzichtig war und in den Spartenanträgen so eine Art Plattermine gegen den Verband erblühte, ist die Logische Folgerung: Die Zentralkommission hat nicht den richtigen Weg eingeschlagen — punktum! Aber, werter Kollege Roth! Wie sind denn diese jetzt vorhandenen Zwistigkeiten entstanden? Daran ist doch nicht unsre Zentralkommission schuld. Der Grund ist doch der gewesen, daß seitens des Tarifantes verschiedene Entschiede gefällt wurden, die man kann das getrost sagen, „dem Rechts- und Billigkeitsempfinden des Volkes“ (Sparten spezial Druckerkollegen) zuwiderliefen. Deswegen eine elementare Entzweiung, ja eine förmliche Erbitterung auf Seiten der in Betracht kommenden Kollegenschaft, und zwar deshalb, weil man den Druckerkollegen, die mit mancher Ergründung des neuen Tarifs auch noch nicht ganz einverstanden waren, des langen und breiten vorhielt, sie seien bei den Tarifverhandlungen am besten vorgekommen. Und gerade da, wo wir glaubten, et was erzielt zu haben, ausnahmsbestimmte und kommentierte man wieder verschiedenes hinweg. Der Tarifausschuß sanktionierte diese Ausnahmestimmungen, weil er in dem Glauben war, die Druckerexperten usw. hätten denselben zugestimmt. Darauf erfolgte die Eingabe an das Tarifamt. Stellung zu dieser Eingabe zu nehmen, wurde seitens des Tarifamts abgelehnt (siehe Rundschreiben 22 der Zentralkommission). Im übrigen lese doch Kollege Roth das Rundschreiben 22 nochmals nach, da wird er die folgerichtige Entwicklung der Zwistigkeiten finden. Ein Teil der Segerkollegen spricht von den Druckern ungefähr so, als wenn sie Wühlplünder wären. Fest steht, daß die eifrigsten Spartenmitglieder auch die besten, auf dem Boden der Tarifgemeinschaft stehenden Verbandsmitglieder sind. „Wenn man Kollegen“, die die „Sparten“ mit solchen Augen ansehen, das Zirkular 22 zu lesen gab, dann sagten sie: „Wenn das Tatsachen sind, dann habt ihr recht!“ Und das sind Tatsachen! Der Verbandsvorstand hat das Rundschreiben Nr. 22 als Pamphlet bezeichnet, mit welchem Recht und aus welchem Grunde, weiß ich nicht, aber widerlegen können hat er es nicht! Übermals, das ist die folgerichtige Entwicklung der Zwistigkeiten.

Durch die vielen Artikel gegen die Sparten wird dieser Kern aber verwischt. Wenn nun von den Kollegen aus dem eignen Reihen der Zentralkommission noch Knäuel zwischen die Beine geworfen werden, wie in Hamburg und seitens des Kollegen Roth, wie soll sie nachher noch die Kraft gewinnen, wenn außerdem noch die Verbands- und Tarifinstanzen auf ihr Holz haben, für die Druckerkollegen zu arbeiten?

Kollege Roth, die Anträge sind zum Vorteile hauptsächlich der Provinzkollegen gestellt, denn wir in den Großstädten haben praktisch, wenn auch nicht statutarisch, zum größten Teile das in den Anträgen Gewollte. Und weiter, Kollege Roth: Wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Tarifausschuß nicht ein einziger Druckerkollege sitzt, ist das haltbar oder nicht? Segerkollegen im Tarifausschuß sagen selbst, daß das unhaltbar ist. Im übrigen: „Wir haben den Ausnahmestimmungen zugestimmt, weil eure Experten zugestimmt haben.“ Das letztere entspricht aber nicht den Tatsachen! (Rundschreiben 22 und 23.) Wenn außerdem Tarifamtsmitglieder sich hinstellen können, wie in einer Verbandsmitgliederversammlung in Berlin, wie nachzulassen in einem der letzten „Korr.“-Berichte, ist das haltbar? Warum erfolgte nun die Bekanntgabe der unverständlichen Entschiede auf dem Zirkularwege? Weil das im „Korr.“ fast unmöglich ist. Da das abgelehnt wird; denn: „Es ist nicht angängig, daß seitens der Sparten eine derartige Kritik an den Tarifinstitutionen geübt wird, in dem doch auch Kollegen sitzen.“ Gewiß, das wissen wir, aber es kommt vor, daß einzelne Tarifamtsmitglieder sich den Kollegen gegenüber nicht verantwortlich fühlen, da sie nicht von der Kollegenschaft gewählt sind. Im Interesse des Verbandes im allgemeinen und der beteiligten Spezialgruppen im besondern ist es aber, daß derartige Entschiede diskutiert werden.

Nun kommt die „logische Folgerung“! Um zu versuchen, daß in Zukunft eine bessere Grundlage geschaffen wird, berief Kollege Schäfer eine Konferenz der süd- und westdeutschen Maschinenmeistervereine nach Würzburg ein unter Teilnahme der Zentralkommission und verschiedener anderer maßgebender Maschinenmeistervereine. Hier wurden nun die sich widersprechenden verschiedenen Behauptungen auf ihre Richtigkeit geprüft und einwandsfrei festgestellt. Der Zentralkommission wurde anheim-

gegeben, geeignete Schritte zu tun, um positive Vorschläge machen zu können, daß es in Zukunft anders und besser wird. Der Anstoß dazu wurde auf dieser Konferenz gegeben. Wenn sich nun Spartenkollegen untereinander selbst aussprechen und für ihren Teil versuchen wollen, gesunde Zustände schaffen zu helfen, muß man dann erst Pontius und Pilatus fragen und einladen? Zur wir das in unsern Maschinenmeisterversammlungen, und zu welchem Zwecke finden diese statt? Ob diese Einladungen nicht dennoch verächtlich erfolgt sind, wird ja auch noch festgestellt werden.

Dann folgte die Sitzung mit dem Verbandsvorstande, diese zerfiel sich. Weil so quasi bedingungslos Unterwerfung gefordert wurde. Warum glaubte man die fordern zu können? Die Sparten und Zentralkommissionen haben eine direkte verbandsstatutarische Berechtigung ihres Bestehens nicht. Den Sparten wird theoretisch immer die Berechtigung zugestanden, kommt diese Berechtigung aber praktisch zum Ausdrude? Halt! Dazu habt ihr keine Berechtigung! Was sind dann „Auswüchse“ der Sparten! Kollege Roth, in Ihrer nächsten Nähe haben Sie ja Gelegenheit gehabt, das zu studieren, laut Leipziger Konferenz! Dann sind diese Anträge gekommen. Doch sind dieselben nicht als die unter allen Umständen zu verwirklichenden gedacht, sondern als Grundlage, worauf die Sache sich aufbauen soll. In Leipzig wollten die Kollegen sich auch nicht mit den hier abgeänderten Anträgen befremden, als aber einer unser bedeutendsten Verbandsbeamten eine gewisse Berechtigung derselben anerkannte und das Ganze dadurch schmuckhaft machte, daß dann die Betreffenden für das Beschlossene auch verantwortlich wären, erfolgte fast einstimmige Annahme. Hier glaube ich übrigens unsre Vertreter, die nur mit Beraten hatten bei der Tarifrevision, in Schuld nehmen zu müssen, denn sie haben das Mitberatene bis aufs letzte mit verantwortet. Was sie weder beraten noch beschließen haben, können sie nicht verantworten. Vor der Verantwortung ist uns nicht bange. Im Gegenteil, denn dadurch wird unsre Tätigkeit erst eine nutzbringende. Unsre Beschlüsse müssen sich dann auch mehr auf solche Kollegen ausdehnen, die den Maschinenmeistervereinen absieht stehen. Denn eben wegen dieser Verantwortung muß das Einfußgebiet ein viel präziseres, will sagen durchgreifenderes werden. Was dann das anbetrifft, daß Kollege Roth für die verstorbenen „Erklärungen“ ebenfalls die Zentralkommission verantwortlich macht, so kann man darüber je r geteilter Meinung sein. Wenn schon der Verbandsvorstand eine Erklärung loslassen zu müssen glaubte, mußte diese dann in so inobjektiver Weise abgefaßt sein? Ich glaube mich mit vielen Kollegen im Einverständnis zu befinden, wenn ich sage: Mit Verunglimpfung ihrer Führer macht man eine Bewegung zur Herbeiführung besserer Zustände nicht tot! Die übrigen Erklärungen ergaben sich aus der ersten des Verbandsvorstands: Wacht! dafür soll unsre Zentralkommission verantwortung gemacht werden, daß in Weimar, wohl überhaupt in kleinen Druckorten, die Maschinenmeisterbewegung um Jahre zurückgeworfen sein soll. Na, das ist wohl schwarzer, wie bestes Illustrations-schwarz wirkt, gesehen. Die Kölner Generalversammlung wird wohl einen Boden schaffen müssen, auf dem alle zum Rechte kommen, und das müßte doch dann mit dem „Nun-Jahre-zurückwerfen“ mit dem Teufel zugehen. Den Rat, den die Zentralkommission hätte geben sollen bezüglich der stärkeren Beteiligung an den Versammlungen usw., der wäre wohl überflüssig gewesen, denn das ist doch einfach selbstverständlich. Meines Erachtens kann den Druckern hierin auch nichts vorgeworfen werden, denn dieselben beteiligten sich an allem derartigen prozentual am stärksten, gerade um Einfluß und Einblick zu erhalten. Nun für alle, die es angeht: Neuestens erweist es sich, daß nicht nur die Sparten Ursache haben, sich zu beklagen. Man lese im Inseratenteil der Nr. 31 des „Korr.“ vom 14. März in Sachen des § 33 des Tarifs!

Ich wäre nun am Schlusse meiner Ausführungen angekommen und glaube auch dargetan zu haben, wie sich die jetzigen Zwistigkeiten herausgebildet haben, in welcher Richtung hier die logische Folgerung geht. Der so oft genannte Kollege Roth möchte auch einsehen, daß ich nicht etwa gehässig habe gegen ihn vorgehen wollen, sondern geleitet hat mich dabei, Klarheit schaffen zu helfen, ohne irgend jemand beleidigen zu wollen. Über auch bei uns muß gesagt werden, „was ist“; und wenn eine Verleumdung herbeigeführt wird, so soll sie sich nicht auf Kosten des einen Teils der dabei Beteiligten vollziehen, denn das ist keine Verleumdung. Auch ist zu berücksichtigen, daß bei einem Kampfe — der Kampf der Sparten um statutarische Rechte — es sich nicht immer wie Liebesgespräch anhört. Daß es dabei aber immer unser Vermögen gewesen ist, anständig zu kämpfen, wird auch der gegen die Sparten voreingenommenste Kollege sagen müssen, denn unser Verfehren ging und geht dahin, es für die Folge unmöglich zu machen, daß solche tiefgreifenden Unstimmigkeiten wieder entstehen können. Nach Abschluß der den Verhältnissen gerecht werdenden „Friedenspräliminarien“ wird sich das erweisen. Köhn, walte deines Amtes!!

Leipzig.

Arno Gräbner.

Des Arbeitgeberverbandes Gehilfenfürsorge.

Eine auf sozialer Einsicht beruhende Fürsorge für ihre Gehilfen ist es gewiß nicht, deren Einrichtung die Arbeitgeberverbände im Buchdruckgewerbe nach einem solchen von den drei Vorstehenden Zülissen, Reismann-Grone und

G-g.

Marcour an die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes gerichteten Rundschreiben planen. Über das Pläneingewöhnen scheint man überhaupt nicht hinauszukommen. Die drei ersten Hauptversammlungen des Verbandes haben angeblich übereinstimmend eine Versicherung der Angestellten für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes ins Auge gefaßt. Der Plan des Herrn Dasbach sowie auch der des Herrn Dr. Reismann-Groene auf Errichtung einer „Ruhelohnkasse“ ist aber nicht realisiert worden, jetzt sind nun alle früheren Pläne wieder „umgestoßen worden durch ein inzwischen neu aufgetauchtes größeres und besseres Projekt“. Die vielen Projekte des Arbeitgeberverbandes verdienen es nun ja wohl kaum, im „Korr.“ näher davon Notiz zu nehmen; eine eingehendere Erwähnung des neuesten Planes rechtfertigt sich lediglich dadurch, weil der Inhalt des erwähnten Rundschreibens für die Situation im Arbeitgeberverbande bezeichnend ist und für unsere Kollegen nicht uninteressant, in manchen Punkten sogar amüsant sein wird.

Das Zirkular beginnt sehr schön:
Wollen wir unsere Position wahren, soll überhaupt auf eine Besserung der Zustände im Buchdruckgewerbe hingewirkt werden, so ist nichts wichtiger, als daß wir uns die Erhaltung und Vermehrung einer zuverlässigen und mit Freuden in unseren Offizinen arbeitenden Gehilfenschaft anlegen sein lassen.

Solange die Arbeitgeberverbände abseits von der großen Mehrheit der Prinzipale stehen und ihre Haupttätigkeit in der Bekämpfung der mit den letzteren in einem Vertragsverhältnis stehenden Verbandsgehilfen oder richtiger in der Bekämpfung des Laxis erblicken, werden alle Bestrebungen zur Wahrung der Position wohl vergeblich sein. Daß sich die Arbeitgeberverbände eine „mit Freuden arbeitende Gehilfenschaft“ ganz leicht durch anständige, vor allem tarifliche Bezahlung sowie durch Gewährung der vollen Koalitionsfreiheit erhalten können, ist ihnen jedenfalls noch nicht in den Sinn gekommen, sonst würden sie diesen Zweck nicht durch verfehlte Unterstützungseinrichtungen zu erreichen suchen.

Die jetzt geplante Versicherung der Angestellten der Arbeitgeberverbände soll durch die im vorigen Jahre gegründete „Vereinsversicherungsbank für Deutschland in Düsseldorf“ erfolgen, und zwar ist eine Invaliden- bzw. Altersrente von 360 Mk. jährlich und ein Sterbegeld von 150 Mk. „ins Auge gefaßt“. Die dafür jährlich zu zahlende Prämie soll je nach dem Eintrittsalter des Gehilfen verschieden sein und im Durchschnitt zusammen 61,90 Mk. betragen, wovon Prinzipale und Gehilfen je die Hälfte zahlen sollen. Den Gehilfen soll diese Unterstützungseinrichtung durch eine Aufzählung ihrer „großen Vorteile“ unter Gegenüberstellung unserer „höchst unsicheren“ Verbandsunterstützungen schmacht gemacht werden. Es heißt z. B. in dem Zirkulare:

Der Versicherer hat, auch die Invaliditäts- und Altersrente, dem auf das Sterbegeld, gesetzlichen Anspruch. Der Verband gibt bekanntlich für seine Versicherungen keinen Rechtsanspruch. . . . Die Bank ist unter allen Umständen zahlungsfähig, so daß der Versicherte auch wirklich „gesichert“ ist. Die Kassen des Verbandes dagegen sind höchst unsicher. . . . Sind sie im Falle eines großen Streiks erschöpft, so wird einfach nichts gezahlt. . . .

In dieser „überzeugenden“ Weise sollen die Vorteile der Versicherung durch den Arbeitgeberverband und die Nachteile unserer Unterstützungseinrichtungen vor Augen geführt werden. Es erübrigt sich, die Angaben auf ihren Wert zurückzuführen, nur so viel sei gesagt, daß die auf der Kollegialität und Solidarität der Verbandsgehilfen beruhenden Unterstützungseinrichtungen auch nach einem Streik noch niemals versagt haben, und daß die Kasse des Verbandes in ihrem früheren Bestande schon so manche „unter allen Umständen zahlungsfähige“ Bank überdauert hat.

Interessant und amüsant zugleich sind in dem Rundschreiben die folgenden Sätze:

Für uns handelt es sich . . . nur um eine Versicherung unserer Angestellten für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes. Die Gewährung eines Krankengeldzuschusses muß durch Zusatzkrankenkassen der einzelnen Firmen oder auch mehrerer benachbarter Firmen bewirkt werden. Das Wandergeld hat infolge der veränderten Zeit- und Verkehrsverhältnisse seine Bedeutung verloren. . . . An eine Arbeitslosenversicherung können wir unsererseits nicht denken, haben dies auch nicht nötig, da die Arbeiter, deren Zukunft wir sichern wollen, durchweg die tüchtigsten und besten Kräfte sind, die bei normalem Geschäftsgang überhaupt nicht in Gefahr kommen, arbeitslos zu werden. (1) Zudem ist ja bekannt, daß gerade die Arbeitslosenversicherung das Kreuz des Gehilfenverbandes ist, der dafür 3—4 mal so viel jährlich ausgeben muß als für die Invaliditätsversicherung; denn erklärlicherweise sind es immer die Unfähigen, die Alkoholiker und Wummler, die jeden Augenblick wieder arbeitslos werden und die Arbeitslosenversicherungskasse in Anspruch nehmen. (1) Zu einer solch „gründlichen“ Kenntnis und „treffenden“ Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse sagt man am besten kein Wort. Das Motiv zu dem Entschlusse der Arbeitgeberverbände, Unterstützungseinrichtungen für ihre Gehilfen schaffen zu wollen, kommt in folgenden Sätzen zum Ausdruck:

Den großen Vorteil, den uns diese Einrichtung bringen wird, brauchen wir wohl nicht erst hervorzuheben. Wir gewinnen auf diese Weise eine zuverlässige und uns treu bleibende Gehilfenschaft, solche

Gehilfen, die allen Verlockungen, in den Verband einzutreten, widerstehen werden. Auch steht mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Betr. Gehilfen durch größere Zufriedenheit und größern Fleiß ihren Prinzipalen deren Beiträge belohnen werden.

Wie man angefaßt der Tatsache, daß von der verhältnismäßig nur noch geringen Zahl von Buchdruckergehilfen, die dem Verbande nicht angehören, täglich mehr und mehr zu der Einsicht kommen, daß sie für ihre Interessen, für ihr weiteres Fortkommen am besten durch den Eintritt in den Verband sorgen, noch glauben kann, durch solch oberflächliche Unterfertigungseinrichtungen Proselyten machen zu können, ist tatsächlich nicht zu verstehen. Zu verstehen ist aber, daß die Arbeitgeberverbände von den für ihre Gehilfen zu bringenden Opfern noch einen Entzoprofit erwarten. Daß die Gehilfen, die den Verlockungen des Verbandes widerstehen und sich vom Arbeitgeberverbande löbend lassen, sich dann auch für verpflichtet halten müssen, durch größern Fleiß ihren Prinzipalen deren Beiträge für die Unterstützungseinrichtungen zu belohnen, soll anerkannt werden; sie sind es sich dann selbst schuldig.

Vielleicht hört man später etwas über den „Erfolg“ der Gehilfenfürsorge des Arbeitgeberverbandes, vielleicht aber auch bald wieder etwas über ein noch „besseres Projekt“.

Zur Richtigstellung!

Die rigorose Anmerkung des Kollegen Schrader in Hannover zu meinem Artikel in Nr. 30 möchte ich kurz dahin richtigstellen, daß gerade besagter Artikel die Behandlung von Fragen, wie Sozialabgebe, Lebensmittelerhöhung usw., schon bei der jetzigen Fassung des § 1 uners Statutes ausdrücklich als zulässig erachtet, was wohl jeder denkende Kollege ohne weiteres ersehen haben wird. Der betreffende Hannoveraner Kollege richtet sich selbst, wenn er unsern Kollegen Krehäuser wegen Neutralitätsverletzung herunterreißt und diese selbe Neutralitätsverletzung statutarisch festgelegt wissen will. Im fernern haben hierorts selbst aufgeklärte Parteimitglieder ihre Bedenken gegen die Änderung des § 1 ausgesprochen, denn in der Praxis werden sich wohl schwer die Grenzen zwischen Politik und Parteipolitik auseinanderhalten lassen. Es wäre nur zu begrüßen, wenn auch Kollege Schrader sich recht bald so weit ändern würde, daß auch er als „Produkt Krehäuserer Erziehungsanstalt“ gelten könnte. Mit einer längern Entgegnung geschähe jener Anrempelung zu viel Ehre, wie es überhaupt zu bedauern ist, daß die jetzt beliebte Schreibweise einzelner Kollegen keine sachliche Entgegnung von vornherein unmöglich macht.

Wreslau. A. B.

Erwiderung.

Unter der Rubrik „Unbegreiflichkeiten“ sieht sich der Kollege Wilhelm von der Elbe veranlaßt, meinen Artikel „Zur Abwehr“ einer Kritik zu unterziehen, die nicht nur allein geschäftig, sondern auch in vielen Punkten als wahrheitswidrig bezeichnet werden muß. Infolgedessen sehe ich mich veranlaßt, den darin enthaltenen Auslassungen entgegenzutreten. Erstens ist es mir gar nicht ein, den Kollegen Krehäuser mit schmonzen zu helfen, denn wenn ich für eine Änderung in der Redaktionsleitung plädiere, beabsichtige ich nur, daß man sich zu der Partei, die politisch unsere Arbeiterinteressen vertritt, auf der sozialdemokratischen, friedlich stellt. Zweitens faßt der Kollege W. v. d. E. drei in Gänjesfüßen angeführte Stellen aus meinem Artikel, aufeinander abstrichtlich, zusammen, daß sie keinen Sinn haben. Dies man das Ganze, dann klingt es anders. Des weitern sagt der Betreffende, daß sich eine kleine Gruppe ultraradikaler Stimmler in den breitesten Exzursionen auf das parteipolitische Gebiet ergeht, Jeremiaden werden angestimmt über die traurigen Kerle von Buchdruckern, die nicht der sozialdemokratischen Parteiorganisation angehören, es wird demjenigen Kollegen jedes Ohrgefühl abgesprochen, die nicht Leser des sozialdemokratischen Parteiblattes sind“, das sind Unwahrheiten. Wenn es vorgekommen, daß einmal der eine oder andre Kollege die sozialdemokratische Partei herausgestrichen, den Kollegen das „Hamburger Echo“ empfohlen, so geschah dies vereinzelt und ist auch durchaus nicht zu tadeln und keine Verletzung des § 1 uners Verbandsstatuts. Dann wird weiter geflagt, daß der Vorliegende nicht schon längst derartige Statuterletzungen (nach seinen Begriffen) inhibiert habe. Es ist wirklich stark, derartiges zu behaupten, um der Hamburger Kollegschaft eins auszuweisen. Unser Gauvorsitzer Dreier, und das müssen selbst seine Gegner ihm nachsagen, leitet die Versammlungen, wie es sich gehört, ja, nach der Ansicht vieler oft zu schneidig; er läßt keine Statut- noch sonstige Verletzung durchschliffen. Dies in Kürze als letzte Erwiderung. Das übrige in der kommenden Versammlung.

Hamburg. W. K.

Korrespondenzen.

Altenburg. In der am 23. März abgehaltenen Bezirksversammlung, welche von 112 Kollegen besucht war, beschäftigte man sich in der Hauptsache mit den zum Goutage gestellten Anträgen. Dieselben wurden in Form einer Generaldebatte behandelt, wobei das folgende festgehalten sein möge: Das Streben nach Erhöhung in Leistung und Beitrag

der Goutage liege begründet, indem die Bezirke und Orte, nach Beschluß der Dresdner Generalversammlung, die Bezirks- und Ortsaufstufungen eingehen ließen, trotzdem könne man sich mit dem Antrage des Bezirks Weimar nicht befremden. Für den Antrag der Bezirke Jena, Koburg und Naumburg konnte man sich schon eher erwärmen, wenn Beitragserhöhung dabei ausgeschlossen; doch glaube man, daß es ohne eine solche dann nicht abgehen werde. Das große Gauvermögen könne zwar leicht irreführen, doch spreche die Krisis vor übereilten Schritten. Durch allzu hohe Beiträge werde übrigens die Agitation unnötig erschwert. Der Antrag des Bezirks Koburg, für jedes Mitglied die Hälfte des „Korr.“ Abonnements aus der Goutage zu zahlen, fand auch keine Gegenliebe. Ob aus dieser oder jener Ursache das Abonnement bestritten werde, bleibe sich völlig gleich und die Hälfte mache es am wenigsten aus; diese werde schon das Mitglied noch erschwern können, um sein Gewerkschaftsorgan zu halten. Hierbei sei gleich bemerkt, daß die Meinung von Kollegen in einem Bezirksorte, da dort kein Ortsverein vorhanden, müsse der Bezirk das Abonnement tragen, irrig ist. Geteilte Ansicht herrschte auch über den Antrag des Bezirks Erfurt betreffs der Unterbestellung durch die Warden, worin die einen eine Verberöberung, die andern eine Verbesserung erblickten. Als Kandidat zur Delegiertenwahl für die Generalversammlung des Verbandes wurde unser bewährter Bezirksvorsitzender Emil Sturm in Vorschlag gebracht, und wird selbiger dem Goutage als solcher empfohlen werden. Da Altenburg recht lange nicht an der Reihe, worauf es zwar nicht ankommt, hofft man auf Unterstützung. Für den Goutage wurden folgende Kollegen vorgeschlagen: Degentolbe, Ehrlich, Götting, Häberlein, Arno Müller; Pfeifer, Schießer, Starckoff, Stöcker, Sturm, Thon, Vogel aus Altenburg, Berger (Meuselwitz), Schimpf (Schmölln). Die gemäßigten Vertreter gehen mit ungebundenem Mandate hin. Die Anregung und ein dazu gestellter Antrag, die Pensionsansprüche der Witwen nach der Dauer der Mitgliedschaft der verstorbenen Kollegen zu regeln, fand wenig Anklang, der Antrag wurde darum zurückgezogen. Ebenfalls sprach man sich gegen eine Erhöhung der Abfindungssumme für die Witwen aus. Ferner wurde noch der Beschluß gefaßt, an Ausgetretene und Nichtbezugsberechtigte, analog anderer Bezirksorte, in Jena und Meuselwitz 25 Pf. Viatikum zu zahlen; dagegen erklärte sich die Versammlung gegen eine Unterstützung untrer Durchreisenden durch das Gewerkschaftsamt in Meuselwitz auf Kosten der Bezirkskasse, da die Zahlstelle Altenburg nur zwei Stunden entfernte und jeder Ort dann mit einem derartigen Ansinnen herantreten würde, dies aber unmöglich angehe. Invalide wurde der langjährige Kassierer Otto Kahnt.

Bautzen. Die am 25. März abgehaltene Außerordentliche Hauptversammlung hatte sich eines nicht zu zahlreichen Besuches seitens der Kollegen zu erfreuen. Es wurden folgende Punkte erledigt: 1. das Ortsstatut revidiert; 2. für das Bautzener Gensungshaus, welches von der Ortskrankenkasse errichtet worden ist, 20 Mk. bewilligt; 3. betreffs Aufstellung eines Provinzdelegierten zur Generalversammlung sieht die hiesige Mitgliedschaft ab und empfiehlt, die Kandidatur des Kollegen Kunz (Meißen) zu unterstützen; 4. unter „Verschiedenes“ kam ein Antrag: „Anschluß an das freie Gewerkschaftskarteil“, zur Sprache. Hier entspann sich eine lebhafteste Debatte, teils für, teils gegen den Antrag, der mit neun gegen sieben Stimmen angenommen wurde. Der Vorliegende ermahnte die Kollegen, in Zukunft die Versammlungen zahlreicher zu besuchen. Gegen den letzten Beschluß hat aber die Mehrzahl der hiesigen Mitglieder Protest erhoben, da dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung gestanden hat.

Berlin. Vereinsversammlung am 26. März. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorliegende dem verstorbenen Kollegen Conrad Eichler einen warmen Nachruf. Er schilderte den Dahingeshiedenen nicht nur als einen guten Freund und braven Kollegen, sondern vor allem als einen der besten Vertreter der Verbandsinteressen, den seine Aufrichtigkeit und unverbrüchliche Treue zur Organisation besonders auszeichneten. Alle Kollegen sollten ihm nachzuleben suchen. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Unter „Vereinsmittelungen“ berichtete der Vorsitzende zunächst über das Ergebnis der vom Gauvorstande für die Woche vom 9. bis 14. März aufgenommenen Überstundenstatistik. Die Überstundenfrage ist bekanntlich bereits in einer Versammlung vor mehreren Wochen behandelt worden, und sie war auch der Gegenstand einer Aussprache in einer Tarifanweisung. Hieraus ergab sich für den Gauvorstand die Veranlassung, eine Enquete zu veranstalten, um wieder einmal ein zuverlässiges Bild über den Umfang der Überarbeit zu bekommen. Das Resultat dieser Enquete übertrifft nun geradezu alle schlichten Erwartungen. Die ausgegebenen Fragekarten wurden aus 191 Offizinen beantwortet. Danach leisteten die in diesen Offizinen beschäftigten 7378 Gehilfen in der genannten Woche zusammen 19567 Überstunden, im Durchschnitt also 2,65 Überstunden pro Kopf. In der Gesamtzahl der Überstunden ist natürlich die angegebene Gehilfenzahl nur zum Teil tatsächlich beteiligt, wodurch sich für den einzelnen an der Überarbeit beteiligten Gehilfen die Stundenanzahl auch ganz erheblich erhöht. Dies weist die Statistik im einzelnen nach. So wurden in 39 Offizinen mit 467 Gehilfen überhaupt keine Überstunden gemacht, im Gegensaße dazu wurde aber in einer Reihe von Druckereien eine gewaltige Überarbeit geleistet. Beispielsweise wurden bei Adolf Gery (Charlottenburg) mit 53 Gehilfen ins-

gesamt 791 Überstunden gemacht (von 29 Sechern 362, 12 Druckern 258, 11 Maschinensehern 129 und von einem Korrektor 42). Bei Hempel & Co. machten 18 Drucker 203 Überstunden, bei Köhler ein Drucker 20, bei Jessing („Woff. 3tg.“) 87 Secher 954, bei Elsner 52 Drucker 400, bei Mosse 297 Gehilfen 1339, in der Norddeutschen Buchdruckerei 206 Gehilfen 2020 Überstunden. In den großen Druckereien, wo doch eigentlich die Vermeidung von Überarbeit leichter als in den kleinen sein sollte, wurden verhältnismäßig die meisten Überstunden geleistet; z. B. bei den bis 10 Gehilfen beschäftigten 39 Firmen mit 261 Gehilfen nur 491 Überstunden, dagegen bei den über 100 Gehilfen beschäftigten 18 Firmen mit 3305 Gehilfen 10294 Überstunden. Von den einzelnen „Eparten“ haben — nach der Gesamtzahl der Gehilfen und der Gesamtzahl der Überstunden berechnet — die Maschinenseher die wenigsten Überstunden gemacht, nämlich pro Kopf 1,51; es folgen die Handseher mit 2,34, die Korrektoren mit 2,77, die Stereotypseher und Galvanoplastiker mit 3,72 und die Maschinemeister mit der höchsten Durchschnittszahl: 3,77 Überstunden pro Kopf. Die vorliegende Überstundenstatistik ist zwar nur eine Stichprobe für eine ganz maßlos genommene Woche, es würde sich wohl aber stets so ziemlich dasselbe Bild ergeben. Wenn von der ganz enormen Überstundenzahl auch nur die Hälfte den Arbeitslosen zugute kommen könnte, so würde schon eine recht erhebliche Zahl Konditionen bekommen. Die Bekämpfung des Überstundenwesens ist den Gehilfen indes durch zwei Tarifartikelsätze sehr wesentlich beschränkt oder fast ganz unmöglich gemacht. Nach dem einen Tarifartikelsatz sind die Gehilfen verpflichtet, allen Anordnungen einer Geschäftsleitung, soweit sie dem physischen Vermögen nicht zuwider sind, bis zu einer eventuellen schiedsgerichtlichen Austragung nachzukommen; nach dem andern Artikelsatz soll es tarifwidrig sein, wenn die Gehilfen einer Druckerei oder eines Ortes beschließen, wöchentlicher nicht mehr als eine bestimmte Zahl von Überstunden zu leisten; die Gehilfen sollen lediglich berechtigt sein, in jedem einzelnen Fall über eine Ungebühr von Überstunden Klage vor dem Schiedsgerichte zu führen. Diese einige Maßnahmen zur Beseitigung des Überstundenwesens muß angesichts des Ergebnisses der vorliegenden Statistik als durchaus unzureichend erachtet werden. Das Schiedsgericht müßte geradezu in Permanenz tagen, wenn alle die Gehilfen, die durch Überstunden überlastet sind, die Klage deshalb einreichen würden. Nur der Organisation kann es möglich sein, Mithilfe zu schaffen, indem die Vertrauensleute die Leistung von Überarbeit überwachen und mit diesen die Mittel zu ihrer Vermeidung besprochen werden. Die Gehilfenschaft hat ja auch in erster Linie ein Interesse an der Vermeidung der Überarbeit; sie muß bestrebt sein, die Konditionslosen unterzubringen, weiter aber auch, die tarifliche neunstündige Arbeitszeit auch wirklich aufrechtzuerhalten, und sie darf nicht zulassen, daß die Konditionslosen nach dem oben erwähnten Artikel des Tarifartikelsatzes Überstunden leisten, die über die in der modernen Betriebsweise an sich schon aufzubringen Arbeit und in den vielfach keineswegs guten Arbeitsräumen. Die Kollegen mögen deshalb überall dort, wo unfähigste Überarbeit von ihnen verlangt wird, um deren Vermeidung nachsuchen und die Prinzipale besonders auf die Fußnote zum § 6 des Tarifs hinweisen. Das Resultat der aufgenommenen Statistik aber wird dem Verbandsvorstande sowie dem Tarifamte zugänglich gemacht werden. Ferner unterzog der Vorsitzende ein die Neueinrichtung einer Gehilfensversicherung betreffendes Zirkular des Arbeitgeberverbandes für das Buchdruckergewerbe einer kritischen Besprechung. (Der Inhalt des Zirkulars ist in dem Artikel: „Des Arbeitgeberverbandes Gehilfensfürsorge“, eingehender behandelt.) Er kennzeichnet besonders die Unverfrorenheit, mit der die Arbeitgeberverbände die Unterstützungsleistungen unseres Verbandes durch wahrheitswidrige Darstellungen zu diskreditieren suchen. An die Adresse aller Kollegen, besonders aber an die in der Provinz, ist die Mitteilung gerichtet, daß durch das Anlernen in den Segmaßschin-fabriken sozusagen eine Überproduktion von Maschinensehern stattgefunden hat, wodurch in Berlin bereits eine große Zahl von arbeitslosen Maschinensehern, speziell Einotypsehern, zu verzeichnen ist. Da der Andrang zum Erlernen der Segmaßschin fortgesetzt ein äußerst starker ist, so ist die allgemeine Beachtung dieser Mitteilung nur zu empfehlen. Des weitern haben auch die beiden folgenden, von einem Kollegen zur Sprache gebrachten Vorkommnisse besonders für die Provinzkollegen großes Interesse, da sie zeigen, wie vorzüglich die Kollegen bei der Annahme einer Kondition in Berlin sein müssen. Obwohl doch in Berlin jederzeit leider allzuviel Seher, und darunter auch Altbildseher, arbeitslos sind, erließ die Firma Otto Elsner (Oranienstraße 141) ein Inserat im „Allgemeinen Anzeiger“, durch das sie einen ersten Altbildseher suchte. Jedenfalls haben sich um die Stelle sehr viele Kollegen beworben, in Wirklichkeit wurde aber überhaupt kein erster Altbildseher eingestellt. Nach einigen Wochen wurde ein Kollege aus Halle, der sich auch um die Stelle beworben hatte, engagiert, dem der Oberfaktor D. Schaffer schrieb, das Altbildsehergesuch habe sich zwar anderweitig erledigt, doch wolle er ihn als Insetzerseher bei 35 Mk. Wochenlohn engagieren, wenn die für einige Insetzer zu machenden Probefolgen gefallen. Das Engagement kam zustande, indem dem Kollegen halbtägige Zulage zugesichert wurde; er kündigte also seine Stellung in Halle und kam nach Berlin. Als er nach 14 Tagen beim Faktor Schaffer um die versprochene Zulage nachsuchte, erklärte dieser, er habe sich über seine (des Kollegen) Fähigkeiten noch kein Urteil bilden können, im übrigen möge er sich doch von seinen

Kollegen nicht aufheben lassen. Da die 35 Mk. keine genügende Bezahlung für die besondern Anforderungen im Insetzeramt sein konnten, so sah sich der Kollege genötigt, wieder zur Kündigung und hat nun seinen Konditionswechsel zu bereuen. Es sei aus diesem Falle zu ersehen, wurde von dem Redner bemerkt, daß die Firma Elsner auf diese Weise dem Wunsch des Verlages Schottländer, für dessen Zeitschrift originale Insetzer-ausführungen zu liefern, nachzukommen suche, ohne aber auch entsprechende Löhne zahlen zu wollen. Ein zweiter Fall ist gleichfalls sehr beachtenswert. Bei der Firma Strejow (der Firmenname ist halb Gebr. Strejow, halb E. Strejow und ähnlich) trat ein Kollege von außerhalb trotz der ihm vom Gavoursther auf seine Anfrage gewordenen Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse mit einer Einlage von 1000 Mk. bei einem Wochenlohn von 36 Mk. ein. Die Stellung dauerte aber nicht lange, gelegentlich einer Differenz erfolgte die kündigungsgelose Entlassung. Das angerufene Gewerbegericht sprach dem Kollegen zwar den Lohn für 14 Tage zu, mußte ihn aber wegen der 1000 Mk. Geschäftseinlage an die ordentlichen Gerichte verweisen. Ein von dieser Firma selten Geld zu haben ist, so wird der Kollege von seinem Gelde wohl kaum etwas wiedersehen. Der Fall mag mithin als Warnung dienen. Die zum Schluß in der Versammlung gegebene Abrechnung vom Kostümfest weist bei einer Einnahme von 1467 Mk. und Ausgabe von 983 Mk. einen Überschuß von 484 Mk. auf.

Berlin. Am 3. April befehlt Kollege Wilhelm Bidel („Woffische Zeitung“) die Feier seines sechzig-jährigen Jubiläums. Derselbe ist einer der wenigen noch lebenden Mitbegründer des Berliner Vereins **Seitler Bromberg.** Am 22. März wurde in der alten Weichselstadt Thorn, dem äußersten Vorposten unsers Bezirkes, die diesjährige Frühjahrsbezirks-versammlung abgehalten, welche recht gut besucht war: insgesamt waren 70 Kollegen aus Bromberg, Hohensalsa, Thorn und Nadel erschienen. Gavoursther Wagner aus Posen wohnte auch der Sitzung bei. Der Vorsitzende Schneider begrüßte die Anwesenden und machte nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten unter dem Punkte „Tarifliches“ bekannt, daß die Firmen Teska (Bromberg) und Brevung (Nadel) den Tarif schriftlich anerkannt und eingeführt haben. In Thorn sind die tariflichen Verhältnisse leider noch unbefriedigt. Das Resultat der mündlichen Verhandlungen des Vorstandes mit einzelnen dortigen Prinzipalen war recht günstig; wir dürfen hoffen, daß der Tarif bei diesen in nächster Zeit zur Durchführung kommt. Die Mitgliederzahl in Thorn hat etwas zugenommen, die tariflichen Verhältnisse in der Nichttarifdruckerei Volkmar Hoppe (Vorstandsmittelglied des für den Tarif „empfehlend“ ein-tretenden Arbeitgeber(Scharfmacher)verbandes. D. Red.) sind nach wie vor schwer zu prüfen, da die dortigen Kollegen jede Annäherung mit Verbandskollegen ängstlich vermeiden. — **Nachmittags** 2 Uhr fand eine öffentliche Buchdrucker-versammlung statt, an der außer einem Prinzipal einige Nichtmitglieder teilnahmen. Der Vorsitzende des Gauses Posen referierte über: „Die Lage in Buchdruckergewerbe.“ Zunächst einen kurzen Überblick der Verbands-geschichte gebend, verbreitete er sich in seiner einstündigen Rede über die Gewerkschaftsbewegung, die Taktik des Verbandes sowie die Tarifgemeinschaft. An die Nichtmitglieder richtete er den Appell, dem Verbands der Deutschen Buchdrucker beizutreten. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für diese Ausführungen. In der Diskussion berührten die Kollegen Damm und Jabrowski die Verhältnisse in den einzelnen Offizinen in Thorn, die leider fast alles zu wünschen übrig lassen. Buchdruckerbesitzer Dombrowski führte aus, daß die überaus traurigen Konkurrenzverhältnisse am Orte mit daran Schuld seien, daß Thorn gegenüber den andern Städten des Ostens zurückstehe. Nach nochmaliger Auf-forderung an die Nichtmitglieder zum Anschluß an den Verband, gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die zahlreich versammelten Kollegen erachten nur im Verbands der Deutschen Buchdrucker die einzige Organisation, welche für die Gesamtinteressen der Gehilfenschaft tatkräftig eintrete. Die dem Verbands noch fernstehenden Kollegen werden ersucht, dem Verbands Mann für Mann beizutreten, da nur hierdurch Gewähr geboten ist, den Tarif auch in Thorn voll und ganz Geltung zu verschaffen.“ Mit dem Hoch auf den Verband und dem Gesänge des Typographenliedes wurde die Versammlung geschlossen.

-ch. Halle a. S. Vor Eintritt in die Tagesordnung erfüllte der Vorsitzende die traurige Pflicht, den Mit-gliedern das Ableben des Kollegen Conrad Eichler in Leipzig zur Kenntnis zu geben. Nach kurzer Würdigung der Verdienste des Verstorbenen, der ein geborener Hallenser war, ehrte die Versammlung das Andenken desselben durch Erheben von den Plätzen. Die Ver-sammlung bestimmte den Kollegen Dils für den Gau und den Vorsitzenden Schindelhauer für den Ort als Vertreter zur Beeridigung des Verstorbenen. Sodann rief ein Aufnahmegesuch eine lebhafte und ausgedehnte Debatte hervor. Es handelte sich um einen Rotations-maschinemeister, welcher früher in dem Geschäft, in dem er konditioniert, als Hilfsarbeiter beschäftigt war. Der Bestzer dieser Druckerei ließ ihn ein Rotations-maschine ausbilden und stellte ihm schließlich auch ein Lehrzeugnis aus. Trotzdem sind die hiesigen Maschinemeister der Ansicht, daß er kein gelernter Drucker sei und erhoben gegen seine Aufnahme Bedenken. Die Versammlung konnte sich diesen Bedenken nicht anschließen und genehmigte die Aufnahme. Die Maschinemeister wurden aufgefordert, zu verhindern, daß Hilfsarbeiter Arbeiter

ausführen, welche nur den Druckern zukommen, um so solche Fälle wie den vorliegenden zu vermeiden. Zum Goutage war ein Antrag eingereicht, welcher einen Zuschuß zur Krankenunterstützung in Höhe von 35 Pf. pro Tag seitens des Gaus eingeführt wissen will, unter Erhöhung des Beitrags um 5 Pf. Daß die jetzt gefaßte Krankenunterstützung des Verbandes nicht ausreichend sei, darüber waren sich die Kollegen einig, ebenso darüber, daß irgendeine Erhöhung stattfinden müsse; man wollte aber, wie von mehreren Seiten ausgeführt wurde, lieber eine Erhöhung in der Unterstüßung des Verbandes, um die Ungerechtigkeiten, die sich bei Einführung solcher Gauzuschüssen vermeiden lassen, zu umgehen. Nach längerer Aussprache nahm die Versammlung den Antrag mit großer Mehrheit an. Ein Antrag, den Goutage, statt wie jetzt jährlich, alle zwei Jahre stattfinden zu lassen, wird überholt durch einen Beschluß der letzten Bezirksvorsteherkonferenz, dem Goutage einen Antrag zu unterbreiten auf Tagung in jedem dritten Jahr. Als Delegierte zum Goutage wurden zehn Kollegen in Vor-schlag gebracht. Die Wahl findet durch Urabstimmung statt. Unter „Mitteilungen des Vorstandes“ gab der Vorsitzende die Notwendigkeit der Verlegung des „Wihelm Buch-Abends“ wegen plötzlicher Verhinderung des in Aufsicht genommenen Vortragenden bekannt; weiter erstattete er Bericht über verschiedene in letzter Zeit statt-gefundene Druckerverfassungen. Die Gründe für die Einberufung dieser Versammlungen waren meist mäßige kollegiale Verhältnisse, in einem Falle drohte die Sonntags- und Überarbeit zur ständigen Einrichtung zu werden. Auch die Ergebnisse der Zusammenkunft derjenigen Be-zirke, die kommende Ostern auslernen, wurden bekannt gegeben. Diese Zusammenkunft hatte den Zweck, die jungen Leute mit dem Wirken und den Zielen des Ver-bandes bekannt zu machen. Von etwa 25 Auslernenden waren 23 anwesend. Aus der Versammlung heraus wurde kritisiert, daß verschiedene Faktoren und Metzeure, die Verbandsmitglieder sind, die neunstündige Arbeitszeit nicht einhalten. Man stellte sich auf den Standpunkt des Artikelschreibers in Nr. 33 des „Korr.“, der diese Sache in kurzen, aber treffenden Worten behandelte. Die unserm Verband angehörigen Faktoren sollen zu einer Besprechung in dieser Angelegenheit vor den Vorstand geladen werden.

Siedelberg. (Maschinemeisterklub.) Unre dies-jährige Ordentliche Generalversammlung wies einen sehr schwachen Besuch auf. Aus dem Jahresberichte sei folgendes erwähnt: Das vergangene Vereinsjahr, welches vorwiegend im Zeichen des neuen Tarifes stand, dessen Einführung hier glatt vonstatten ging, kann in allen Beziehungen würdig seinen Vorgänger angegliedert werden. Der Mitgliederstand wies eine Zahl von 22 Kollegen auf. Um auf dem laufenden in technischer Hinsicht zu bleiben, wurden kleinere Vorträge und Be-sprechungen über Drucktechnische abwechselnd an den Ver-sammlungen abgehalten. In technischer Hinsicht hat sich besonders Kollege Schmitt verdient gemacht. Wegen allzu schwacher Beteiligung konnte ein Fachkurs nicht zustandekommen, doch soll dieses Jahr das Verjämte nach-geholt werden. Der Kassenbestand konnte als günstig bezeichnet werden. Auch die Bibliothek, die beträchtliche Erneuerungen erfuhr, wurde im allgemeinen befriedigend benutzt. In Klubangelegenheiten war der hiesige Klub durch den Vorsitzenden an der Konferenz in Speier beteiligt. Auch ist derselbe durch ein Mitglied im Bezirks-vereinsvorstande vertreten. An festlichen Veranstaltungen sei das zehnte Stiftungsfest erwähnt, welches in sehr schöner Weise verlief und an dem sich zahlreich die Mit-glieder des Bezirksvereins beteiligten, ein Zeichen der guten Beziehungen mit dem Klub. Bei dieser Gelegen-heit wurde den Gründern des Klubs je ein Becher mit Widmung überreicht. Es waren dies die Kollegen Wausch, Röth, Baumann, Kung, Schmann und Maurer. Nach einigen internen Klubangelegenheiten wurde zur Wahl des Gesamtvorstandes geschritten, welcher mit Ausnahme des Kassierers, der seinen Posten nicht mehr weiterführen konnte, per Akklamation wiedergewählt wurde. Von dessen Stelle trat Kollege Baumann. Mit dem Wunsch eines fernern Wachstums, Wühens und Gedeihens schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Siedelheim. Die am 24. März abgehaltene Mit-glieder-versammlung wies einen ziemlich guten Besuch auf. Einleitend gedachte der Vorsitzende des plötzlich in Leipzig verstorbenen Kollegen Conrad Eichler; in warmen Worten würdigte er dessen Verdienste um den Verband. Nach Erledigung kleiner Angelegenheiten mußte sich die Versammlung mit dem Ausschluß des Sechers Drehkopf beschäftigen. In scharfen Ausdrücken geißelte Kollege Holländer die denunziatorische Handlungsweise des Drehkopf (siehe Rundschau Nr. 11, „Korr.“, Nr. 33), der zu seiner Verteidigung nichtsagende Argumente vor-brachte, dann aber selbst zugab, die Gemeinheit begangen zu haben. Ebenso wurde vom Bezirksvorsteher Haus-mann und andern Kollegen diese Denunziation mit Recht verurteilt; eine derartige Handlungsweise, bemerkte ersterer, müßte gestraft werden, er könne daher der Versammlung empfehlen, den Ausschluß des Sechers Drehkopf beim Gavoursther zu beantragen. Selbstredend fanden die Mitglieder kein Wort der Verteidigung für Drehkopf. Der Ausschluß wurde einstimmig befürwortet. — Am 4. April feiert der Ortsverein die Verbandsjubiläum der Kollegen Bachmann, Brunotte und Weiß, die 35 bzw. 25 Jahre Mitglieder sind.

Mauz. Der neue Schriftführer des hiesigen Bezirks-vereins hat scheinbar das Bedürfnis, sich „Sporen“ zu verdienen, und konnte infolgedessen es nicht unterlassen, einen tendenziös gefärbten Bericht über unre (allerdings

für die Geschichte unsers Bezirksvereins gerade nicht rühmliche) Generalversammlung zu veröffentlichen. Es wäre dies Sache des seitherigen Schriftführers gewesen, dieser unterließ aber den Bericht aus tatsächlichen Gründen. Denn was brauchen die außerhalb Mainz stehenden Kollegen von den Differenzen, die hier leider ausgebrochen sind, zu erfahren, diese können in loco ausgefochten werden. Nun, es hat nicht sollen sein! — Berichtete als Eingangsbeobachtung einige aus dem sehr umfangreichen Jahresbericht des Vorsitzenden herausgearbeitete Sätze, um dann auf den „Kern“ der Sache zu kommen, daß Conradi mit 94 gegen 68 Stimmen, die Zeeh erhielt, zum 1. Vorsitzenden des Bezirksvereins gewählt wurde. Dann erklärte er, daß diese Wahlmündung wie eine Bombe gewirkt, daß sechs Vorstandsmitglieder keine Ämter mehr annahmen und auch ihre seitherigen sonst noch innegehabten Funktionen niederlegten. In der Debatte wäre dem seitherigen Vorsitzenden entgegengehalten worden, daß es das gute Recht der Mitglieder sei, zu wählen, wer ihnen beliebte. Am Schluß des sehr „sachlichen“ Berichts wurde dann außer Bente noch speziell Conradi als Kandidat zur Generalversammlung warm empfohlen und bemängelt, daß die seitherigen Vorstandsmitglieder sich nicht scheuten, für den bevorstehenden Wähler als Kandidaten zu fungieren. Die Gegenäußerungen wurden vollständig unterzogen und der ganze Bericht in einseitiger und wahrheitswidriger Weise abgefaßt. So hat z. B. der seitherige Vorsitzende niemand das Recht bestritten, am Vorstande Kritik zu üben oder gar Kandidaten aufzustellen; aber das hat er verworfen, daß das Flugblatt in einer Druckerei erschien, die nur drei Mitglieder zählt, von denen der eine Kollege bereits nahe der 70, der andre (Wörtsdorfer) als Hauptredakteur gegen den seitherigen Vorstand auftrat, und der dritte — der seitherige zweite Vorsitzende Conradi war. Conradi erklärte darauf, die Tendenz des Flugblattes sei gut, aber er wisse nichts davon. Dieses wurde ihm einfach aber nicht geglaubt und das Gebären als eine Streberei bezeichnet. Denn wer jahrelang mit im Vorstande tätig ist, immer in der loyalsten und aufrichtigsten Weise von den andern Vorstandskollegen und besonders vom seitherigen Vorsitzenden behandelt wurde und hinter dem Rücken des seitherigen Vorstandes Wühlarbeit verrichtet, so muß diese Handlung als eine unfaire begelndet werden. Oder ist dies vielleicht keine Wühlarbeit, wenn es heißt, der seitherige Vorsitzende könne keine Gehilfeninteressen mehr vertreten, er hätte für den Profit des Geschäftes zu sorgen, trotzdem ihm nicht der geringste Verstoß gegen die Verbandsinteressen nachgesetzt werden kann? Ferner sei im Bezirksverein eine Verlotterung, Verschöpfung und Verjüngung eingetrippt. Die Kollegen hätten nicht den Mut mehr, ihren Prinzipalen entgegenzutreten, sie klappten zusammen wie ein Taschenmesser, und zu Vertrauensmännern würden nur die dümmsten Kollegen gewählt. Das sei ein Produkt der Fäulnis des seitherigen Vorstandes. Trotz wiederholter Aufforderungen verschiedener Kollegen in der Versammlung konnten für diese niederträchtigen Behauptungen auch nicht die geringsten Beweise erbracht werden. Ja, man ging sogar so weit, an den Wänden, dem Treppenaufgang, den Flissors usw. kleine Plakate anzuhängen mit der Aufschrift: „Nieder mit der Korruption!“ Und alles das haben Leute verbrochen, die dem seitherigen Vorstande gelegentlich tariflicher Verstöße in den Druckereien rundweg erklärten, sie würden bei ihrem Prinzipale nicht die Kastanien für andre aus dem Feuer holen, das möchten andre besorgen, in erster Linie der Vorstand! Nun hat der seitherige Vorstand in verflochtenen Jahre 22 Vorstandstätigkeiten, 3 Druckereiversammlungen, 11 Versammlungen, 2 Vertrauensmännerversammlungen abgehalten und ließ über 30 Rapportzettel resp. Versammlungseinladungen laufen. Und an all diese Beschäftigungen haben die neuen Männer Conradi und Schaffrath mitgewirkt und ihre Sanction dazu erteilt, um dann hinter dem Rücken ihrer Vorstandskollegen weitzuzuwählen! So hat z. B. Wörtsdorfer vor zwei Jahren, wo ebenfalls eine ähnliche Wühlerei, die in anonymen Briefen zum Ausdruck kam, versucht wurde, laut Protokoll die schärfsten Worte gegen dieses Gebären gebraucht und als einzige richtige Antwort die Wiederwahl des seitherigen Vorstandes empfohlen — und nach zwei Jahren diese Wandlung! Der Unterchied liegt aber darin, daß Conradi damals noch kein Gassengepöhl von W. war. Conradi gab ja auch bei Annahme seiner Wahl die Erklärung ab, daß er das, was er versprochen, auch halten werde. Also wenn hat er dies versprochen? Die Opposition verschlug sich sogar soweit, diese Kollegen, die jahrzehntelang in der eifrigsten Weise für die Organisation wirkten, das Recht abzuprochen, für die Gau- und Generalversammlung zu kandidieren. Doch es waren glücklicherweise noch Kollegen da, die mit keinem „Strebertum“ ausgerüstet waren und Gerechtigkeit walten ließen, indem sie die seitherigen Vorstandskollegen als Kandidaten vorschlugen und den seitherigen Vorsitzenden Zeeh als Delegierten für die Generalversammlung empfahlen. Daß die andern fünf Vorstandskollegen, nachdem die Wahl des Vorsitzenden entschieden, keine Lust verspürten, mit Conradi zu amtieren, dürfte jedem klar sein, um so mehr, da ihnen dessen unkollegiales und terroristisches Wesen zur Genüge bekannt ist. Das beste Urteil über ersprießliche Tätigkeit des langjährigen Vorstandes können jedenfalls Gauverwaltung und Zentralleitung abgeben, und dient es uns auch zur Beruhigung, daß der Bezirksverein Mainz bei den Verbandskollegen einen guten Klang hat. Die Sturm- und Drangjahre, in welchen die abgegangene Vorstandskollegen mit Erfolg gewirkt, sind ja herun, und können sich die neuen Männer ruhig ins gemachte Bett legen. Wir können mit Ruhe diejen-

erfolgreichen Tätigkeit gedenken, müssen aber dagegen protestieren, daß die Vorkommnisse in tendenziös gefärbter Weise wiedergegeben werden, wie dies in dem letzten Bericht der Fall. Sollte es den neuen Schriftführer auch fernerhin gelüsten, in diesem Sinne sein Gift zu verstreuen, so werden wir auf dem Damme sein und deutlicher werden, denn wir geben jetzt schon der Erwartung Ausdruck, daß so alten langjährigen Verbandsfunktionären das Wort von seiten der Redaktion nicht abgeschnitten wird, und zwar solange nicht, als sie angegriffen werden. Denn es gilt, ihre Ehre zu verteidigen!

Die früheren Bezirksvorstandsmitglieder:
Bente, Jordan, Payer, Einz, Walter, Zeeh.
Stargard in Pomm. Am 22. März fand in den „Kaiserhallen“ die dritte Bezirksversammlung des Bezirks Stettin-Land statt, zu welcher 21 Kollegen aus Stargard, 3 aus Urvswalde, 1 aus Regenwalde, 2 aus Greifenhagen, 2 aus Gollnow und 1 aus Pentum erschienen waren. Geleitet wurde die Versammlung vom Bezirksvorsteher Vila-Stettin, welcher zunächst den Kassendbericht erstattete. Sodann wurde beschlossen, für die auswärtigen Kollegen das Reisegeld IV. Klasse zu vergüten. Dem Kassensführer wurde Entlastung erteilt und der Dank für treue Amtsführung durch Erheben von den Plätzen ausgesprochen. Die Vertreter der erschienenen Vereine erstatteten Bericht aus den einzelnen Druckereien. Danach ist allenthalben die Verbandsfrage ein gut Stück vorwärts gekommen. In Stargard ist der Tarif in allen drei Druckereien seit Anfang Januar 1907 zur Einführung gelangt; es stehen dort nur zwei Kollegen dem Verbands fern. Ebenfalls ist die Lehrlingszahl der tariflichen Gatah erreicht geworden. Aus Urvswalde wird berichtet, daß der Tarif glatt eingeführt worden ist. Der Regenwalder Vertreter berichtet, daß eine Druckerei tarifliche Verhältnisse hat. Günstig laufen die Berichte aus Greifenhagen und Pentum, und auch aus Gollnow werden tarifliche Zustände gemeldet. Zur Teilnahme an dem 40-jährigen Stiftungsfeste des Stettiner Bezirksvereins, welches voraussichtlich im September d. J. stattfinden wird, soll denn Kollegen des Bezirks Stettin-Land freie Reise nach Stettin aus der Bezirkskasse vergütet werden. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen. — Seitens des Stargarder Ortsvereins war Vorloge getroffen worden, daß die auswärtigen Kollegen sich hier wohl fühlen konnten, und nach Schluß der Versammlung verließen alle, welche nicht die Nachmittagszüge benutzen mußten, einige frohe Stunden.

B-g. Straubing. In der Mitgliederversammlung am 28. März wurde von unsrer Mitgliedschaft die Kollegen J. J. Seiz, Gauvorsteher (München), und Eugen Zeller, Vertrauensmann (Straubing), als Kandidaten zur Delegiertenwahl zur Ködler Generalversammlung aufgestellt. Es wurde auch beschlossen, zwecks gemeinsamer Abhaltung einer Johannisfeier sich mit den Mitgliedern der „Münchener“ und „Mittelschweizer“ in Verbindung zu setzen.

Stuttgart. Der Württembergische Korrektorenverein hielt am 21. März eine sehr gut besuchte Versammlung ab, der auch der Gehilfenvertreter Knie bewohnte. Der Vorsitzende schilderte zunächst den gegenwärtigen Stand unsrer Spezialorganisation nach den Berichten über die verschiedenen Generalversammlungen und berichtete sodann über die Spartenanträge zur Verbandsgeneralversammlung und ihre Aufnahme bei der übrigen Kollegenschaft. Bezüglich der im „Korr.“ erschienenen Erklärungen der Zentralkommissionen sei zu bemerken, daß die Unzufriedenheit der Korrektoren sich weniger gegen den Verbandsvorstand richtete, wenngleich auch wir es für selbstverständlich halten, daß die Vorsitzenden der Zentralkommissionen auf der Verbandsgeneralversammlung anwesend sein müssen, wenn die Spartenfrage zur Beratung steht. Unzufrieden seien wir dagegen mit einigen Entscheidungen des Tarifamtes, welche deutlich zeigen, wie berechtigt unser Antrag sei, daß zur Erledigung spezieller Fragen bei Schiedsgerichts- und Tarifamtsitzungen die von den Sparten aufgestellten Vertreter beigezogen werden sollen. Wenn unsre Zentralkommission sich deshalb veranlaßt fühlte, die bekannten Erklärungen mit zu unterschreiben, so hätten wir doch gewünscht, daß sie auf eine einmündige Fassung, besonders des zweiten Satzes der ersten Erklärung (in Nr. 22) gedungen hätte; denn die ungeschickte Fassung dieses Satzes mußte dem Verbandsvorstande dazu dienen, eine Selbstbeschuldigung der Zentralkommissionen daraus zu konstruieren. Kollege Knie erklärte, die Entkräftung der Sparten sei ungerechtfertigt; bei der Neuheit mancher Verhältnisse könne es vorkommen, daß nicht alles zur Zufriedenheit der Kollegen ausfalle. Ihm selbst liege jede Voreingenommenheit gegen die Sparten fern und er hoffe, daß sich auf der Generalversammlung in Köln, wo das gesamte Material vorliegt, manches aufklären werde. Eine lebhafte Debatte entspann sich hierauf über die Frage, ob ein Korrektor zum Ausfüllen der Kontrollzettel verpflichtet werden könne; es ging die allgemeine Ansicht dahin, daß ein solches Verlangen im Widerspruch stehe mit dem Grundsatze, daß der neue Tarif nicht zur Verschlechterung bestehender Verhältnisse mißbraucht werden dürfe. Wenn auch die Korrektoren als Buchdruckergehilfen im Sinne des Tarifs gelten, so sei doch die Besonderheit ihrer Arbeit zu berücksichtigen, welche in Verbindung mit den häufigen Störungen und Unterbrechungen das Ausfüllen von Kontrollzetteln zu einem Dinge der Unmöglichkeit mache.

Stuttgart. (Maschinenmeisterverein.) In der Mitgliederversammlung vom 21. März wurden zunächst einige Aufnahmen vom Vorsitzenden bekanntgegeben, hierauf machte derselbe auf verschiedene Druck-

schereingänge aufmerksam. Diefem schloß sich ein Vortrag des Obermaschinenmeisters Meindl an mit dem Thema: „Die Utensilien des Maschinenmeisters mit praktischer Vorzeigung und das Reparieren beschädigter Galvanos.“ Die anwesenden Mitglieder folgten mit Aufmerksamkeit den dreierlei stündigen Ausführungen des Referenten, welchem am Schluß des lehrreichen Vortrages Dank zuteil wurde. Beschlossen wurde, das 11. Stiftungsfest in dem Rahmen des vorjährigen zu feiern. An dieser Stelle soll erwähnt werden, daß der Konstitutionslostenstand unter den Druckern am hiesigen Plage seit einigen Wochen ein hoher ist, da auf einen Sezer ein Drucker zu stehen kommt. Nach Beantwortung einiger technischer Fragen schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Rundschau.

Die in Nr. 37 veröffentlichten Anträge zur Generalversammlung des Verbandes sind zu ergänzen, und zwar, indem auch die Mitgliedschaft Gayman einen Antrag auf Erhöhung der Unterstufungen, namentlich der Arbeitslosen- und Invalidenunterstützung, gestellt hat (vgl. Seite 4 Spalte 3). Ferner beantragt Freiburg i. Br. (siehe Seite 8 Spalte 1) nicht eine Erhöhung des Beitrags um 5 Pfg., sondern um 10 Pfg., um das Obligatorium des „Korr.“ sowie eine höhere Krankenunterstützung zu ermöglichen.

Eine preßgesetzliche Verächtigung sendet uns der Inhaber der Kgl. Universitätsdruckerei, Herr Jul. Abel, mit folgendem Inhalte:

In Nr. 36 von diesem Jahre schreiben Sie unter „Rundschau“ über meine Klage gegen den Schriftsetzer Herrn Carbow: „er (der Redakteur eines andern Greifswalder Blattes) wurde wie zwei ebenfalls angeklagte Verbandsmitglieder auch verurteilt, setzte aber im Widerklageverfahren doch die Verurteilung Abels durch.“ Letztere Behauptung ist un wahr. Der erwähnte Redakteur hatte zwar Widerklage erhoben und seinen Stoff aus früheren Zeitungspolemiken zusammengestellt, erreichte aber nur, daß ein Teil meiner Klage gegen seine Widerklage aufgewogen wurde. Gegen mich ist keine Strafe ausgesprochen worden.

In Nr. 5 d. J. war in dem Bericht über die erstinstanzliche Verhandlung bereits von einer Verurteilung Abels die Rede, ohne daß damals dem widersprochen ward. Da uns das Urteil des Schöffengerichts schon vor einiger Zeit in vollem Wortlaute zugänglich gemacht ist, so wollen wir die bezüglichen Stellen wiedergeben, um unsern Lesern das Verständnis für diese Verächtigung etwas zu erleichtern. Es heißt nämlich in dem Urteile: „Der Privatkläger Julius Abel hat sich der fortgesetzten Verleumdung des Angeklagten Dr. Koch schuldig gemacht durch die oben erwähnten Artikel in Nr. 30, 35, 126, 134, 223, 224 und 232 der „Greifswalder Zeitung“, die er sämtlich als verantwortlicher Redakteur gezeichnet hatte und für die er gemäß § 20 des Preßgesetzes haftete. Der Privatkläger Gustav Abel hat sich ebenfalls der fortgesetzten Verleumdung des Dr. Koch schuldig gemacht durch die Artikel in Nr. 126, 134, 224 und 232, deren Verfasser er gewesen ist. Das Gericht vertritt die Auffassung, daß sämtliche von dem Angeklagten Dr. Koch als beleidigend aufgefaßte Wendungen auch Verleumdungen enthielten. Als ganz besonders schwerwiegend sind die Ausbrüche „unterzählen“, „jeder anständige Wähler würde von ihm mit Stel erfasst“ und der zweimalige Vergleich mit „Schmök“ angesehen worden. Dieser Vergleich war für Dr. Koch in hohem Maße schmerzhaft, da ihm damit grundlos vorgeworfen wurde, seine politische und schriftstellerische Tätigkeit je nach der Beziehung zu wechseln. . . Bezüglich der gegenfeitigen Verleumdungen in Nr. 30, 35, 223, 224 und 232 der „Greifswalder Zeitung“ und in Nr. 24, 27, 29, 221 des „Greifswalder Tageblatt“ hat das Gericht gemäß § 199 Str.-G.-B. Kompensation eintreten lassen. Von dem gleichen Rechte hat es anlässlich der Preßhefte bezüglich des Buchdruckerverbandes Gebrauch gemacht. Auch hier hat das Gericht angenommen, daß jeder die Verleumdung des andern auf der Stelle erwidert hat. Da die Verleumdungen im allgemeinen gleich schwer waren, sind beide Teile frei straflos erklärt worden. Auszuscheiden war der Fall Nibel, Carbow und Dr. Koch, der mit den übrigen Streitpunkten nicht in direktem Zusammenhang stand.“ Der in vorstehendem öfters genannte Dr. Koch ist der Urheber der Widerklage gegen Abel.

Die Wäskte vollständig gelüftet hat in ihrer letzten Nummer die „Deutsche Buchdruckerzeitung“. Gleich an sechs verschiedenen Stellen stößt man auf eine Feindseligkeit gegen den Verband, die uns zwar nicht überrascht, aber so direkt in dem Blankeschen Organe noch nicht zum Ausdruck gekommen ist. Trotzdem fühlen wir uns nicht veranlaßt, mit dem zwischen der „Zeitschrift“ und dem Scharfmachermoniteur pendelnden Blatte zu polemisieren, beschränken uns vielmehr auf die Feststellung, daß fast in jeder Beziehung die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ ihren bisherigen, zum Teile noch vor einigen Wochen eigenennomten Standpunkt zu unserm Verbands konsequent wie immer über den Haufen rennt.

Als Geschworener ausgetost wurde Kollege Georg Rennele in Freiburg i. Br. Im Vorjahre fungierte auch schon ein Kollege als Geschworener in Freiburg.

Der Streit um das Besizrecht am „Journal für Buchdruckerkunst“, den Herr Otto Schlotte gegen die Firma J. Ueberdorben in Gr.-Nichtersfeld führt, hat eine Wendung erfahren, indem das Reichsgericht das zugunsten Ueberdorbens gefällte Urteil des Kammergerichts

aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückgewiesen hat. In der Angelegenheit hat ein weiterer Prozeß, der über ein Jahr dauerte, nun sein Ende erreicht mit der Verurteilung von Unverdorben als Verleger und Kulle als Redakteur des „Journal für Buchdruckerkunst“, wegen Nichtaufnahme einer Berichtigung von Schlotte. Außerdem müssen die Genannten die Schlotte'sche Nichtigstellung betreffs des Besitzrechtes am „Journal“ bringen.

Zu der in der vorigen Nummer gebrachten Mitteilung über das Schicksal der Münchener „Allgemeine Zeitung“ ist noch zu bemerken, daß die Firma August Scherl in der Zeit ihrer nur fünfviertel Jahre währenden Richtung des Blattes 350000 Mk. in das Geschäft gesteckt hat, ohne eine Besserung dadurch zu erreichen. Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ gehörte einem Konsortium von sehr reichen Leuten, denen mit der Zeit die großen Opfer doch zu viel wurden. Das Blatt hat Weltzug genossen. Einst aus Württemberg vertrieben, fand es in Augsburg alle Förderung von Seiten der bayerischen Regierung. Cotta, Deutschlands bedeutendster Buchhändler, war der Mann, die „Allgemeine“ dann zu einem Weltblatte zu machen. Schiller wäre beinahe ihr Redaktionschef geworden, Heine war später ihr Passier Korrespondent. Schon in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begann der Abstieg. Im Jahr 1882 erfolgte die Überfiedelung nach München. In den neunziger Jahren erlebte das Blatt dann noch einen kurzen Aufschwung. Leider sind bei allen in den letzten Tagen zu verzeichnenden Zeitungsfälligkeiten unsere Kollegen mit die Leidtragenden. In der Zeit niedergehender Konjunktur also doppelt empfindliche Ereignisse.

Eingegangen ist das im 37. Jahrgang erscheinende „Anstader Tageblatt“, dessen Verleger vor kurzem in Konstanz geriet. Die Buchhändlerische Hofbuchdruckerei in Konstanz, die zuletzt im Besitze von Leopold Franke war, hat in den letzten Jahren verschiedene Besitzer gehabt. Die beiden Vorbesitzer haben schon mit Verlust gearbeitet, bis dann bei Franke der Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten war.

Eine drastische Charakterisierung der Gelben in einer Gewerkschaftsversammlung (Zerilarbeiter) zu Dsnabrud gab die Veranlassung zu einer Staatsaktion ab. Ein Redner sprach von den gelben Gewerkschaften als von „verworfenen Subjekten“. Auf Grund des von dem überwachenden Beamten erstatteten Berichtes wurde nun Anklage gegen den betreffenden Redner erhoben. Doch wie auch die Gönner der gelben Fridoline, ihr Rechtsbeistand und sie selbst sich bemühten, eine Verurteilung herbeizuführen, der in geschilberter Weise Fraktur sprechende Redner wurde freigesprochen. Das ist insofern bemerkenswert, als nach vorgelegter Rechtsprechung eine ganz kleine Anzahl eines allgemein gekennzeichneten großen Personenkreises sich durch dergleichen Bemerkungen beleidigt fühlen kann.

Der sechste deutsche Gewerkschaftskongress findet am 22. Juni und folgende Tage im „Gewerkschaftshaus“ zu Hamburg statt mit nachstehender vorläufiger Tagesordnung: 1. Geschäftliche Angelegenheiten. 2. Rechnungsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: C. Legien (Berlin). Beratung der Anträge betreffend: a) Allgemeine Agitation; b) Arbeiterinnensekretariat (Berichterstatterin: J. Altmann (Berlin)); c) Agitation unter den Diensthöfen, Berichterstatterin: S. Grünberg (München); d) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern; e) Streikunterstützung und Streikfiskalität; f) Seimarbeiter-schutz; g) Kommission zur Beseitigung des Rost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber (Berichterstatter: P. Blum (Berlin)); h) „Korrespondenzblatt“. 3. Bericht über das Zentralarbeitersekretariat. Berichterstatter: R. Schmidt (Berlin). 4. Die staatliche Versicherung der Privatangestellten. Referent: P. Lange (Hamburg). 5. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung. Referent: S. Böhm (Berlin). 6. Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel. Referent: D. Altmann (Hamburg). 7. Grenzfreitigkeiten. 8. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge. 9. Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Referent: S. Wolkenbuhr (Berlin). Anträge zum Gewerkschaftskongress sind bis zum 11. Mai 1908 an die Generalkommission einzufenden. Sie finden dann im „Korrespondenzblatt“ Veröffentlichung, um in den einzelnen Gewerkschaften diskutiert werden zu können.

Eine Aufforderung zu einer Protestkundgebung gegen die Gestaltung des Reichsvereinsgesetzes durch die Reichstagskommission bringt die neueste Nummer des „Korrespondenzblattes“ der Generalkommission. Die Wochenzeitung habe, indem sie im § 10a den Personen unter 18 Jahren die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen untersagt wissen will, noch eine Verschlechterung des jetzigen preußischen Vereinsgesetzes geschaffen. Der Sprachparagraph (§ 7) sei direkt darauf zugeschnitten, die gewerkschaftliche Aufklärung der fremdsprachigen Streikbrecher und Lohnbrücker zu verhindern. In der zweiten Lesung habe die Mehrheit der Kommission eine weitere bedeutungsvolle Verschlechterung durchgedrückt, daß für Versammlungen unter freiem Himmel unter allen Umständen Genehmigung einzuholen ist. Da die zweite Beratung des Vereinsgesetzes im Plenum des Reichstages noch vor Ehren stattfinden soll, sagt die Generalkommission: Der Arbeiterschaft bleibt somit nur eine kurze Spanne Zeit, um nochmals zu dem Gesetze, das jetzt noch reaktionärer ist als in der von der Regierung vorgelegten Fassung, Stellung zu nehmen. Wir richten an die Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, allerorts Versammlungen zu berufen

und gegen eine solche Verpreßung und Verfälschung des Vereins- und Versammlungsrechtes Protest zu erheben. Besonders muß die Arbeiterschaft Süddeutschlands sich mit aller Energie gegen den Raub ihrer bisherigen Rechte regen. Wir ersuchen die Versammlungsleiter, die gefaßten Beschlüsse unverzüglich dem Reichstag und dem Abgeordneten des betreffenden Reichstagswahlkreises zu übermitteln. Vielleicht gelingt es dadurch, den Rest von Liberalismus bei einzelnen bürgerlichen Politikern zu wecken und die Freisinnigen und Demokraten, die nicht ganz zu Handlungen für die ostelbischen Junker werden wollen, zu veranlassen, gegen ein Gesetz zu stimmen, welches das natürliche Recht der Staatsbürger, sich zu vereinigen und zu versammeln, ohne von der Gnade der Polizeibehörde abhängig zu sein, auf das glücklichste verleiht. Die Arbeiterschaft muß noch in letzter Stunde den Versuch machen, durch energiegelassenen Protest das deutsche Volk vor einem solchen Reichsvereinsgesetze zu bewahren.

Eine Demonstration der Arbeitslosen in Newyork führte zu einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei. Als der Platz Madison Square von der Polizei geäubert werden sollte, warf einer der Demonstranten — erst wurde der Anarchist Silverstein, dann Sohn genannt — eine Bombe, durch die zwei Personen getötet, mehrere verwundet, der Attentäter selbst aber tödlich verletzt wurde.

Eine Auserfischung des berüchtigten Taff-Val-Entscheides bedeutet das Urteil des höchsten amerikanischen Gerichtshofs in Sachen der Firma Bire & Co., amerikanische Hutfabrikanten, gegen die Vereinigte Hutmachergesellschaft von Nordamerika — Boykottklärung — für die Trade-Unions der Vereinigten Staaten. Das Gericht erkannte nämlich, daß das Sherman-Antitrustgesetz auf die Gewerkschaften anzuwenden ist, und verurteilte die Hutmachergesellschaft, an die Firma Bire & Co. 240000 Dollar Buße zu zahlen, d. i. dreimal so viel als der wirkliche Schaden der Firma durch den Boykott ihrer Waren. Eine Konferenz von 100 amerikanischen Gewerkschaften trat darauf zum Protest in Washington zusammen. Präsident Gompers hat durch eine Erklärung an den Präsident Roosevelt und jedes einzelne Mitglied des Kongresses Ubfähigkeit verlangt, damit dieses sich gegen die Trusts wendende Gesetz nicht wieder auf Gewerkschaften Anwendung findet.

Die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe wurden in Leipzig zu Ende geführt. Mit Ausnahme von Frankfurt a. M. und Ludenwalde kam für alle Städte eine Einigung zustande. Für die übrigen Plätze wurden die strittigen Punkte an das Schiedsgericht verwiesen, das sich aus Vertretern der Städte Leipzig, Mainz, Dresden, Düsseldorf, Kiel und Götting zusammensetzt und am 4. April nochmals in Leipzig unter dem Vorsitz des Freiserrn v. Werlesch tagt. — Die Steinfabrikanten Deutschlands befinden sich jetzt in derselben kritischen Situation, wie vor einer Woche noch die Bauarbeiter. Für 150 Orte sind Tarife abzuschließen. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiete sowie in Breslau, Frankfurt a. M., Straßburg, Metz und Riegnitz sind unternehmerseitig sogenannte Musterverträge unterbreitet, von den Arbeitern aber abgelehnt worden. Für den 1. April ist deshalb von dem Arbeitgeberverband für Rheinland-Westfalen eine allgemeine Aussperrung angebroht worden. In Breslau haben die Unternehmer die Vermittlung des Einigungsamtes abgelehnt, in Groß-Berlin und andern Wohngebieten werden Lohnreduktionen vorgenommen. — Die Arbeiter der Hovaltwerke in Kiel hatten zwar am 27. März Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, da die vereinigten Werksbesitzer aber dies schon zum 21. März verlangt hatten, beharrten letztere bei ihrem Beschlusse, 30 Proz. der Werftarbeiter zur Aussperrung zu bringen. In Kiel hat dies 2500, in Bremen 1000, in Flensburg 1100, in Hamburg 2000 Mann betroffen. Aus andern Werkorten liegen Zahlen noch nicht vor. Diese Strafsperre ist bei Erscheinen dieser Nummer möglicherweise schon beendet, da die Werksbesitzer ihre Ubfähigkeit die Erziehung der Arbeitsaufnahme auf den Hovaltwerken in Kiel, ja durchgesetzt haben. — In Münster streiken die Maler und Anstreicher freier und christlicher Richtung. — Ausständig wurden die Steinarbeiter in Königsbrück. — Die Gärtner und Gartenarbeiter in Lübeck streiken. — Die Gipser im Saargebiet haben eine Einigung vor dem Gewerbegericht in Saarbrücken erzielt, wodurch die Aussperrung beendet wurde. — Die Dachdecker in Eilenburg erkämpften sich eine Lohnerhöhung. — Der Streik auf den Hamburger Alsterdampfern ist beendet.

In Turin ist ein Streik von 12000 Metallarbeitern ausgebrochen. — In Dorebo (Schweden) sind die Schuhfabrikarbeiter ausgeperrt.

Briefkasten.
J. W. in Oberfeld: Eine eingehendere Herpflückung der mit zweifelhaften Zahlen operierenden Ruhmredereien der Bundesleitung halten wir absolut für unnötig. Das Notwendige ist schon sehr deutlich von uns gesagt worden. Die betreffenden Blätter würden doch nicht Notiz davon nehmen, da kennen wir unsre Pappenhelmer nur zu gut. Die Hauptsache ist, daß der Bund trotz dieser Begünstigung fortgesetzt den Krebsgang geht. — U. in Berlin: Nicht Kommissarstr. 99, sondern Könnigsstr. 99, III, in L.-Schl. — O. K. in Mailand: Mit Dank erhalten. — J. O. in Konstanz: Besten Dank! — Nach Brandenburg: Wegen Ihres Verbandsbuches müssen Sie sich mit einer Bescheiderte an den Verbandsvorstand wenden. — W. L. in Mersburg: Diese Polemiken aus einzelnen Orten gegen

den „Typograph“ haben im „Korr.“ keinen Zweck. Senden Sie dem Bündlerorgan eine preßgesetzliche Ermüdung. Übrigens ist Ihre Einwendung recht inkonsequent, denn Sie wollen darin angeblich nicht gegen den „Typograph“ polemisieren, tun es aber schließlich doch. — S. Sch. in Alsfeld: Wird aufgenommen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 2, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 1191.

Bekanntmachung.
Zu dem am 22. Juni 1908 in Hamburg abzuhaltenden sechsten Kongresse der Gewerkschaften Deutschlands haben die Gaue Bayern, Berlin, Hamburg-Altona, Leipzig und Rheinland-Westfalen je einen Delegierten zu wählen. Die Wahl kann auf den Gautagen oder in einer Mitgliederversammlung des Vorortes erfolgen. Die Namen der Gewählten bitten wir bis spätestens den 12. Juni uns bekannt zu geben.
Berlin, den 28. März 1908.

Der Verbandsvorstand.

Gau Hannover. Die Mitgliedschaften resp. Bezirke werden erucht, Namen der Kandidaten zur Wahl der Delegierten zur Generalversammlung bis spätestens den 9. April dem Gauvorsitzenden Kappröth zu nennen.
Odergau. Für das Sommerhalbjahr beträgt der Gaubeitrag pro Woche 10 Pf., zahlbar zum erstenmale am 4. April.

Bezirk Erfurt. Als Gautagsdelegierte wurden gewählt: Stange (Erfurt), Sonnenstädt (Erfurt), Dahl (Erfurt), Reichardt (Suhl), Gräser (Arnstadt), Kleemann (Sondershausen), Käfer (Almenau), Eichholz (Erfurt), Hempel (Erfurt). — Als Delegierte zu der Generalversammlung der Gauwitwenkasse wurden gewählt: Stange, Sonnenstädt, Dahl und Kleemann.

Bezirk Koburg. Zu dem zu Ostern in Altenburg abzuhaltenden Gautage wurden folgende Kollegen als Delegierte gewählt: Wecher (Hildburghausen), Braunschild (Koburg), Blitt (Meiningen), Ehr. Reich (Koburg); die Kollegen Wecher, Braunschild und Reich zugleich als Delegierte für die Generalversammlung der Witwenkasse.

Bezirk Weimar. Bei der Delegiertenwahl zum Gautage erhielten Stimmen die Kollegen: Roth 68, Schlemmigt 61, Donat 51, Schäfer 50, Fischer 46, Scharf 40 (sämtlich in Weimar), Rinne 53, Ringel 48, Häbel 18 (sämtlich in Apolda). — Die Wahl der Delegierten zur Witwenkasse hatte folgendes Ergebnis: Roth 41, Schlemmigt 38, Donat 33, Schäfer 30, Ringel 28, Rinne 26, Fischer 22, Scharf 22, Häbel 10 Stimmen. Die gesperrten Namen sind die der Delegierten.

Deftau. Im Angabe des Aufenthaltes des Sekretärs Franz Schley aus Zerbst (Hauptbuchnummer 42718) ersucht H. Bödel, Melandthofstraße 12, II.

Gelsenkirchen. Der Sezer Emil Helms, geboren zu Garburg a. d. Elbe, wird gebeten, seinen jetzigen Aufenthalt dem Kassierer Aug. Wurmes, Neustraße 16, bekannt zu geben. Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, S. besonders hierauf aufmerksam zu machen.

Sauna. Von den ausgegebenen Stimmzetteln für die Delegiertenwahl zum Gautage kamen 95 gültige Zettel zurück. Stimmen erhielten: A. Rautenberg 85, Ehr. Weißbrod 62, Wilh. Straub (Schiffenburg) 41. Somit sind die beiden Erstgenannten gewählt.
Ludwigshafen a. Rh. Der Sezer Heinrich Gehl (Hauptbuchnummer 64212), angeblich in Frankfurt a. M., wird hiermit aufgefordert, das aus unsrer Bibliothek entlehene Buch sofort an den Bibliothekar Kempf einzufenden.

Sülzingen (Hann.). Der Schweizerdegen Otto Fladung, angeblich zuletzt in Algermissen b. Hildesheim (Tonwerke) fonditionierend, wird hiermit aufgefordert, 3 Mk. an Mag. Carius, Kampstraße 107, portofrei einzufenden, andernfalls weitere Schritte unternommen werden. Die Herren Verbandsfunktionäre werden gebeten, Fladung darauf aufmerksam zu machen.

Abressenveränderungen.

Bezirk Kaiserslautern. Kassierer: Pfil. Schneider, Bismarckstraße 53.

Gelsenkirchen. Vorsitzender: Georg Frank, Steinmehstraße 1a.

Hamburg. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Fr. Storz, Gothenstraße 48, Haus 2, part. (bei Oldach).

Drautungen i. M. Vorsitzender und Kassierer: Otto Böhm, Kolonie Eden.

Rosenheim. Vorsitzender: Hans Linner, Pappinstraße 6 (bei Frau Kaufe).

Wörlingen a. Saar. Vorsitzender: Johann Port, Schulstraße 19, I.

Merrigebode. Vorsitzender: Oskar Hesselbarth, Schmalfelder Straße 4, II.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einnahmen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In **Beuthen** der Drucker Bernhard Badura, geb. in Zanebize (Kr. Rattowitz) 1884, ausgl. in Rattowitz 1902; war noch nicht Mitglied. — In **Tarnowitz** der Sezer 1. Karl Hartmann, geb. in Tarnowitz 1889, ausgl. daf. 1907; 2. Otto Finkler, geb. in Tarnowitz 1877, ausgl. daf. 1898; 3. Julius Tyrantia, geb. in

Sarnowitz 1889, ausgel. das. 1907; waren noch nicht Mitglieder. — In Königschütte 1. der Drucker Franz enna, geb. in Königschütte 1884, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied; 2. der Schweizerberger Oswald Zielke, geb. in Krottschinn 1879, ausgel. das. 1898; 3. der Seiger Johann Kaczyna, geb. in Sobrau (D.-Schl.) 1884, ausgel. das. 1903; waren schon Mitglieder. — In Laurahütte der Seiger Karl Hänfel, geb. in Hls 1880, ausgel. das. 1899; war schon Mitglied. — Hugo Wpers in Beuthen (D.-Schl.), Birchomstraße 22, III.

In Fürth der Drucker Ed. Schließmann, geb. in Darmstadt 1865, ausgel. das. 1883; war schon Mitglied. — In Rosenheim der Seiger Joseph Kral, geb. in Mies 1874, ausgel. in Brüj (Böhmen) 1892; war schon Mitglied. — In Traunstein der Drucker Mart. Tiefenthaler, geb. in Oberaudorf 1888, ausgel. in Traunstein 1906; war noch nicht Mitglied. — Jos. Seig in München, Solzstraße 24, I.

In Ruzhaven der Seiger Fritz Meißner, geb. in Weynoten (Kreis Jüterbog) 1882, ausgel. in Harburg 1901; war noch nicht Mitglied. — B. Drechsler in Gestein, Schillerstraße 78, II.

In Leipzig die Seiger 1. Gustav Meding, geb. in Waldheim 1888, ausgel. in Mühlhausen i. Th. 1907; 2. Hermann Schmidmaier, geb. in Schleusingen 1887, ausgel. das. 1906; 3. Paul Schmidt, geb. in Gdartsberga 1888, ausgel. das. 1906; 4. der Drucker Otto Erdmel, geb. in Saasdorf 1880, ausgel. in Ruda 1898. 5. der Seiger Artur Köttin, geb. in Leipzig-Volkmar-

dorf 1879, ausgel. in Leipzig 1899; waren noch nicht Mitglieder; die Seiger 6. Rud. Donath, geb. in Leipzig 1877, ausgel. das. 1895; 7. Oswald Glauche, geb. in Schömannweg 1872, ausgel. in Dschah 1892; 8. Oswald Kaiser, geb. in Großschoder 1880, ausgel. in Leipzig 1898; 9. Otto Vang, geb. in Leipzig-Plagwitz 1883, ausgel. das. 1901; 10. Ernst Vogel, geb. in Hohnstein 1868, ausgel. das. 1886; 11. Paul Fischer, geb. in Wöllmen 1880, ausgel. in Leipzig 1898; 12. Martin Ständer, geb. in Straubing 1883, ausgel. das. 1902; 13. der Drucker F. A. Paul Müller, geb. in Leipzig 1878, ausgel. das. 1897; 14. der Seiger Fritz Zips, geb. in Leipzig 1886, ausgel. das. 1904; waren schon Mitglieder. — Karl Engelbrecht, Brüderstraße 9, I.

In Solingen die Seiger 1. Otto Küns, geb. in Brebow 5. Stettin 1887, ausgel. in Solingen 1905; war noch nicht Mitglied; 2. Bernhard Scholten, geb. in Emmerich a. Rh. 1873, ausgel. das. 1890; war schon Mitglied. — In Wald der Stereotypen Friedrich Otto Köppig, geb. in Mödern 1865, ausgel. in Leipzig 1882; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Marschall in Elberfeld, Humboldtstraße 53, II.

Verammlungskalender.

Arnstadt. Verammlung Sonnabend, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Zunnef.“
Auerbach-Elfeld-Falkenstein. Verammlung Sonnabend, den 4. April, abends punkt 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Bergkeller“ in Elfeld.

Seuthen (D.-Schl.) Verammlung Sonnabend den 4. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Weißer Adler“.
Sarna. Verammlung Sonnabend, den 4. April, abends 8 Uhr, im Vereinslokale „Zimmerhof“.
Greslan. Schriftgießer, Stereotypen und Galvano-plastiker Verammlung Sonntag, den 5. April, mittags 12 Uhr, im „Gewerkschaftsraum“, Zimmer 5.
Dessau. Maschinenmeister Verammlung Sonnabend, den 4. April, abends punkt 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Bater Franz“.
Diedenhofen. Verammlung Sonntag, den 5. April, nachmittags 2 Uhr, im Vereinslokale „Mieje“.
Ebersbach u. Jung. Bezirksverammlung Sonntag, den 5. April, nachmittags 2 Uhr, im Gasthose „Zum Lamm“ in Eiba.
Erfurt. Verammlung Sonnabend, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Tivoli“.
Halberstadt. Bezirksverammlung Sonntag, den 5. April, vormittags 11 Uhr, in Bernigerode. Verammlungslokale: „Hotel goldener Stern“, Mühlentrod, Kaiserstraße.
Hamm i. W. Verammlung Samstag, den 11. April, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale Sträter, am Oberlandesgericht.
Jahr. Verammlung Samstag, den 4. April, im Vereinslokale Leipzig.
Kudwischhausen a. Rh. Verammlung Sonntag, den 5. April, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“, Reiter Str. 32.
Ludwigschhausen a. Rh. Verammlung Sonntag, den 5. April, nachmittags 2 Uhr, im Lokale „Zur neuen Post“, Ludwigschhausen, Reiterstr. 32.
Magdeburg. Bezirksverammlung Sonntag, den 5. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Luisenpark“, Spielgarten 1c.
Potsdam. Maschinenmeister Verammlung Sonntag, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Betß, Babelsberger Straße.
Rindorf. Verammlung Sonnabend, den 4. April, abends 9 Uhr, bei Hoppe, Fernmanstraße 49.
Crepton-Gammelsdorf. Verammlung Sonntag, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Christ, Ecke Marienfelder Straße.

Arbeitsuchende

erhalten den **Graphischen Arbeitsmarkt** bereits 5 Stunden nach Ausgabe der Anzeigen Montags und Donnerstags durch alle Postämter des Deutschen Reiches zum Bezugspreis von 9 Pf. pro Monat. Fernbergen, Verfallslokale, Arbeitsanzeigen von Buchdruckern wird das Abonnement zurückvergütet.

„Buchdrucker-Woche“
 Berlin SW 68, Zimmerstraße 6.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Sonntag, den 5. April, vormitt. 11 1/2 Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftsraum“, Besenbinderhof:

Mitgliederverammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Wahl eines Mitgliedes zum Vergütungs-ausschuss; 3. Antrag der Typographischen Gesellschaft; Bewilligung von 300 Mk. zum Ausbau ihrer Bibliothek usw.; 4. Beratung der Anträge zur Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und Aufstellung von Kandidaten zur Wahl der Delegierten.

Zentral-Invalidentasse des B. d. D. B. in Liquidation.

Sonntag, den 5. April, nachmittags 2 Uhr, im „Gewerkschaftsraum“, Besenbinderhof:

Mitgliederverammlung.

Tagesordnung: 1. Beratung der Anträge und Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Delegierten.
 2. Wahl eines Mitgliedes zum Vergütungs-ausschuss; 3. Antrag der Typographischen Gesellschaft; Bewilligung von 300 Mk. zum Ausbau ihrer Bibliothek usw.; 4. Beratung der Anträge zur Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und Aufstellung von Kandidaten zur Wahl der Delegierten.

Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Vorstand.

Lüchtiger Maschinensetzer

selbständiger, zeitgemäßer Arbeiter, flott im Satz, Entwurf und Plattenzichte, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse und Referenzen, in Leipzig oder Nähe Kondition. Werte Offr. unter Nr. 728 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Lotter, horcher Seher in allen Sphären firm, wünscht sich in dauernde Stellung zu verändern. Eintritt kann sol. oder in 14 Tagen erfolgen. Werte Offerten erbeten unter K. postl. Nees (Hgeinl.). [733]

Regelmäßige Mitteilung von Verlobungsanzeigen

wird hono- riert. Näg. durch H. Schmedel, Berlin S 68. [721]

Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein

Sitz Berlin.
 Sonntag, den 5. April, früh 10 Uhr, im „Gewerk-schaftsraum“, Engelerufer 15:

Vereinsverammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Tech-nisches; 3. Neuauflagen; 4. Beendigung des Ver-trages; 5. Die gegenwärtigen Verhältnisse in den Maschinenbetrieben Deutschlands; Referent: Kollege Glaser; 6. Verschiedenes.
 NB. Ausgabe der Jahresberichte der Zentral-kommission. Jede Offizin muß vertreten sein!
 Am 17. April (Karfreitag) Herrenpartie.
 Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet
 Der Vorstand. [726]

Herren

in allen Orten gesucht, die meine Vertretung in leicht absehbaren Verhältnissen übernehmen wollen. Katalog gratis und franco. [680]
 Rosenstraße 10, Berlin S 53.
 Wegen Aufstellung der vierten Maschine suchen wir unter günstigen Bedingungen zum möglichst baldigen Eintritt einen tüchtigen

Typographseker

mit längerer Praxis in dauernder Stellung.
 „Heider Anzeiger“, G. m. b. H., Heide in Hoffl. [718]

Nach Stuttgart gesucht:

1. Maschinenmeister, der im illust. Platten-druck durchaus bewandert ist und flott zu richten kann; 2. Maschinenmeister an Ziegel, geübten Alters, der in allen vorstimm. Arbeiten bewandert ist und dem die Aufsicht über drei H. Maschinen übertragen werden kann. Werte Offerten mit näheren Angaben, Alter u. Lohn-anforderungen unter F. 3326 erbeten an Haas-stein & Vogler, A.-G., Stuttgart. [722]

Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker.

Sonnabend, den 4. April, abends punkt 9 Uhr, im Vereinslokale „Zur Karlsburg“, Schopensteht 1:

Monatsversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Kassenbericht; 3. Tech-nisches; 4. Beschlusfassung über eine Morgenfeier am Himmelfahrtstage; 5. Verschiedenes.
 Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
 Der Vorstand. [727]

Berein der Stereotypen und Galvanoplastiker von Hamburg-Altona.

Die Quartalsversammlung findet nicht Sonntag, den 5. April, sondern besondrer An-kände halber

Sonnabend, den 4. April, abends 8 Uhr

im Vereinslokale F. Francke, Wrochstrangen, statt.
 Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung unbe-dingt erforderlich.
 Der Vorstand. [735]

Dresden Buchdruckmaschinen-meisterverein Dresden.

Sonntag, den 5. April, vormitt. 11 Uhr:

Monatsversammlung

im Vereinslokale. — Unter nachmaligem Hin-weis auf meine Notiz in Nr. 5 der „Dresdner Gaumitteilungen“ erwartet zahlreiches Er-scheinen
 Der Vorstand. [719]

Ihren lieben Kollegen

Friedrich Reink

zum 25jährigen Berufsanniversarium die herzlichsten Glückwünsche!
 Die Verbandsmitglieder
 der „Leipziger Neueste Nachrichten“.

Lüchtiger Justierer

wird bei dauernder Kondition und tarifmäßiger Bezahlung aufgenommen.
 Schriftgießerei Eduard Scholz, Wien, XVIII, Eduardgasse 10. [725]

Galvanoplastiker

(Präger) per sofort gesucht. [710]
 F. Ch. Zanter in Nürnberg.

Galvanoplastiker

der schon in Rißschefabrik gearbeitet, sofort gesucht. [732]
 F. Ernst Heine, Dresden-N., Grunauer Str. 23.

Galvanoplastiker

tüchtig im Richten, nüchtern, absolut zuver-lässiger Arbeiter, in dauernder Stellung ge-sucht.
 Hans Fleischmann, Rißschefabrik Nürnberg.
 Gesucht ein durchaus erfahrener [709]

X- und O-Beine

verdeckt Triumph, D. R. M. a. Neu! Keine Polster. Elegant, bequem, Maße unnötig. Angabe, ob X oder O. Diskreter Vers. Prospekt gratis. Preis bei Voreinsendung 3,50 Mk. frk., Nachnahme 3,95 Mk. franko.
 Alfred Hofmann, Hannover, Z 268.

TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER

Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdruckerei-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Faktor oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gehilfen, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13-17.



Bracktkinderwagen

Berdeckt sich selbstständig auf, u. niederbewegend, erhalten Sie elegant zum Fahrpreis. 10 Proz. Rabatt direkt von der Kinderwagenfabrik. 5641
 Zul. Erwerb in Grimma 628.

Stempelschneider

für dauernde Stellung bei gutem Lohne.
 W. Birkwood, Frankfurt a. M.

Gravenlehrling

gesucht. E. Hüger, Leipzig, Messinglinien-fabrik und Gravieranstalt. [720]

Lüchtiger Fachmann

Kaufm. u. wissensch. grd. geb. vielf. erf. 35 J. alt, sucht in Leipziger Buchdruckerei leitende Stellg. Beteiligung mit einiger Tausend. Werte Offr. unter „Solid 729“ an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Vorlagen

für mustergetreue Druckarbeiten, die in der Praxis auch wirklich ausführbar sind, enthält regelmäßig die B.-Ausgabe der „Buchdrucker-Woche“, Berlin. Bezugspreis nur 1 Mk. pro Vierteljahr (26 Nummern). Be-stellungen bei den Postämtern. [542]

Nächste Vorlagentafel:
 Vier Entwürfe für künstlerische Plakatkarten von Karl Vogl bei T. Schuyler & Co. in München.
 Geeignete Entwürfe werden jederzeit angekauft.

Ein im Zeitungsberlage vorwärts-treibender Mann

verjäume nicht, sich das neueste Buch: „Cony Rollen, Das Zeitungs-wesen“, Verlag der Hof. Reichlichen Buchhandlung, Reumten in Müg. (Preis 1 Mk.), anzuschaffen. Gegen Voreinsendung von 1,10 Mk. Direkt unter Kreuzband. [620]

17 verschiedene Festabzeichen

von 10 Pf. bis 1,15 Mk. [734]
 — Musizierte Preisliste umsonst. —
 Graph. Verlagsanstalt, Halle a. S.

A. B. aus Leer

(Ostfr.) wird dringend ersucht, erheben Sie sofort seine Adresse zu senden wegen einer wichtigen Sache. [731] -d.

Fredrik Edberg

aus Stockholm im Alter von 47 Jahren. Ein ehrendes Andenken wird ihm be-wahren
 Der Drucker- und Maschinenmeisterverein Hannover.

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
 Kohlgrabenstrasse 43
 liefert franco

Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen-Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Reisehandbuch für die organisierten Buchdrucker. Mit einer Karte von Deutschland. Neu bearbeitet von Konr. Fischer. Preis 1,50 Mk.
 Minierte Encyclopädie der graphischen Künste und der verwandten Zweige. 911 S. 2. Aufl. Konformat mit 381 Atl., eleg. geb. 10 Mk.
 Anzeiger für Buchdrucker. 7 Bände. Mit 130 Abb. u. mehreren farbigen Beilagen. Neu bearb. von Joh. Jak. Weber. 4,50 Mk.
 Hilfsbuch für Maschinenmeister: 1. Konstruktionslehre. Geb. 3 Mk. — II. Leitfaden für das Formatieren usw. Geb. 3 Mk. — III. Notationslehre nebst Stereotypie Geb. 3 Mk.